

Neuigkeiten aus der oö. Sozialszene,
Informationen zu sozialpolitischen Themen

SOZIALE SICHERUNG



Sozialleistungen



Arbeit
Arbeitslosigkeit



leistbares
Wohnen



soziale
Dienstleistungen



Bildung
Chancengerechtigkeit

SOZIALE SICHERUNG WICHTIGER DENN JE

Während der Corona-Krise verlieren wir viel: Jobs oder Nebenjobs, persönliche soziale Kontakte, Perspektiven, Unabhängigkeit und Sicherheit. Wir wissen, dass einige Bevölkerungsgruppen besonders betroffen sind - wie Frauen, Jugendliche und junge Erwachsene, Kinder, Langzeitarbeitslose oder Menschen, die sehr wenig Einkommen haben. Die aktuelle Ausgabe des Rundbriefs gibt Einblicke in die Situation armutsbetroffener Menschen und Familien. Auf die Hälfte der befragten armutsbetroffenen Familien (51%) hat sich die Corona-Krise finanziell negativ ausgewirkt. Das mag nicht überraschen, aber wer schon vorher kaum genug hatte, der spürt eine andere Wucht. Eine gute Ausgestaltung der sozialen Sicherung kann nicht alle Verluste ausgleichen, aber sie vermittelt Sicherheit und Perspektiven. Die Mindestsicherung könnte man dazu zählen, wenn es sie noch geben würde. „Menschen in Notlagen sind die Verliererinnen und Verlierer dieser nahezu chaotischen Umgestaltung des zweiten Sozialen Netzes“, meint Norbert Krammer. Recht hat er!

**SOZIALPLATTFORM
OBERÖSTERREICH**

Österreichische Post AG

MZ02Z030265M

Sozialplattform OÖ, Schillerstraße 9, 4020 Linz

:: INHALT

Bei Wohnproblemen rasch Hilfe holen
Wohnungslosenhilfe OÖ

Wohnbeihilfe OÖ - Sparen bei den Ärmsten
Wohnungslosenhilfe OÖ

100 Jahre Verfassung: Soziale Menschenrechte in die Verfassung
Armutskonferenz

8 Wie die Corona-Krise Kinder trifft
Hanna Lichtenberger und Judith Ranftler, Volkshilfe OÖ

1 Armutsbetroffene und Corona-Krise
Armutskonferenz

12 Zweites Soziales Netz: Wohin geht die Reise?
Norbert Krammer, VertretungsNetz

13 Soziale Arbeit wirkt
pro mente Jugend

14 1 Jahr Kickstart - Motivationsprojekt Fußball
Soziale Initiative

15 Kreisler*in als neuer Treffpunkt
Volkshilfe OÖ

16 Tiefe soziale Kluft in der Demokratie
Österreichischer Demokratie Monitor (ÖDM)

22 Publikationen

25 Veranstaltungen/Termine

:: IMPRESSUM

Sozialplattform Oberösterreich,
Schillerstr. 9, 4020 Linz
0732-66 75 94
office@sozialplattform.at
www.sozialplattform.at
ZVR: 888363821
Redaktion und Layout:
Sozialplattform OÖ

Namentlich gekennzeichnete Texte
geben nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion wieder.

Berichte und Ankündigungen aus
den Projekten sind willkommen, die
Veröffentlichung ist gratis, ein Recht
auf Abdruck besteht jedoch nicht.
Bei platzbedingten Engpässen haben
Beiträge von Mitgliedern der Sozial-
plattform den Vorrang.

:: ABO

6 Ausgaben pro Jahr
zusätzlich Sozialratgeber OÖ

20 EURO normal
10 EURO für Student*innen
GRATIS mit dem Kulturpass

Nutzen Sie die Möglichkeit des kos-
tenlosen Probeabonnements für
2 aktuelle Ausgaben!

:: REDAKTIONSSCHLUSS

Nächste Ausgabe erscheint am:
1. Jänner 2021
(Jänner/Februar 2021)

Redaktionsschluss:
1. Dezember 2020

:: FÖRDER- PARTNER*INNEN



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER!

Anhand des Demokratie Monitors 2019 hat das SORA-Institut erhoben, dass 41% des ökonomisch schwächsten Drittels in Österreich nicht wählen geht. (siehe Seite 20/21). Es besteht ernsthaft die Gefahr, dass Österreich auf dem Weg in eine Zwei-Drittel-Demokratie ist – in eine Demokratie, in der sich das ökonomisch schwächste Drittel kaum mehr an politischen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen beteiligt. Das muss uns allen zu denken geben.

Dazu kommt die Tatsache, dass viele Menschen, die schon lange in Österreich leben, ihre Stimme nicht abgeben dürfen, weil sie nicht die österreichische Staatsbürgerschaft haben. *migrare* startete im Oktober – mit breiter Beteiligung – die Initiative DEM21. Sie unterstützt die Forderung nach politischer Mitbestimmung bei Wahlen für nicht-österreichische Staatsbürger*innen nach längerer Aufenthaltsdauer in Österreich.

In Hinblick auf die Landtagswahlen in Oberösterreich im Herbst 2021 widmet sich die Sozialplattform OÖ 2020/2021 schwerpunktmäßig den Themen Demokratie und soziale Sicherung.

Unser Verständnis von sozialer Sicherung beinhaltet die Bereiche Sozialleistungen, Arbeit, leistbares Wohnen, Bildung und Chancengerechtigkeit sowie soziale Dienstleistungen (wie am Titelbild dargestellt).

Bei den Sozialleistungen stellt für uns die Sozialhilfe weiterhin einen Mittelpunkt dar, denn sie ist das unterste soziale Netz und ein ungenügender Ersatz für die Bedarfsorientierte Mindestsicherung. Ich wiederhole mich prinzipiell ungern, aber meine Aussage im Rahmen einer Presseaussendung im Juli gilt mehr denn je: Eine starke Mindestsicherung wäre ein solider Schutz gegen Armut, eine wichtige Investition in soziale Gerechtigkeit, Zukunftsperspektiven und Demokratie, gerade in der derzeitigen COVID-19-Krise elementar.

Nicht nur anlässlich der im Oktober veröffentlichten Erhebung „Armutsbetroffene und die CoronaKrise – Eine Erhebung zur sozialen Lage aus der Sicht von Betroffenen“ (siehe Seite 10) kritisieren viele soziale Organisationen die Ausgestaltung der Sozialhilfe als ungenügende Auffangmöglichkeit für Menschen, die eindeutig zu wenig zum Leben haben. Dass Reformen ein Rückschritt sein können, beweist die von der türkis-blauen Regierung beschlossene Neugestaltung eindeutig. Die Verfehlungen haben wir und andere Organisationen mehrfach aufgezeigt – mehr oder weniger ergebnislos. Im neu gegründeten Praxisforum Sozialhilfe tauschen sich Berater*innen, Expert*innen über die dringendsten Probleme aus, besprechen mögliche Strategien, dagegen vorzugehen. Dass auch Gerichte bemüht werden müssen, erscheint uns in der Sozialplattform OÖ als unerlässlich.

Ökonomische Sicherheit und Vertrauen in die Demokratie hängen unmittelbar zusammen, erklärt Martina



Zandonella (SORA Institut) im Rahmen des Demokratie Monitors. Soziale Sicherheit wirkt sich also auf unsere Motivation, wählen zu gehen, mitzubestimmen, mitzugesten aus. Gemeinsam mit unseren Mitgliedseinrichtungen und interessierten Kooperationspartner*innen wollen wir deshalb vor der Landtagswahl 2021 von Menschen, die nicht auf die Butterseite gefallen sind, wissen, was sie brauchen, um ein gutes Leben führen zu können. Wir wollen sie dazu ermutigen, ihre Stimme zu erheben und von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen. Wir wollen in gut verständlicher Sprache informieren und aufklären und mit verschiedenen Veranstaltungen und Mitmach-Projekten Gestaltungsinteresse wecken. Wir wollen Menschen für Demokratie und sozialen Zusammenhalt begeistern, egal ob sie jung oder älter sind, arbeitslos sind, mit einer Beeinträchtigung leben, eine andere Muttersprache als Deutsch haben oder auch keinen akademischen Abschluss haben.

Außerdem planen wir eine Kooperation mit öö. Medien, um aufzuzeigen und ein Bewusstsein dafür zu schaffen, wie sich die Darstellung von armutsbetroffenen Menschen in der Öffentlichkeit auswirkt.

Ich freue mich auf eure Beteiligung, noch vor Weihnachten bekommt ihr dazu weitere Informationen. Interessierte können sich gerne mit uns in Verbindung setzen (puermayr@sozialplattform.at)

Josef Pürmayr,
Sozialplattform OÖ

Hubert Mittermayr



Birgit Gerstorfer

BEI WOHNPROBLEMEN RASCH HILFE HOLEN

Die Zahl der von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen steigt. Neben steigenden Mieten und Kautionen sind Scheidung, Arbeitsplatzverlust, Krankheit und Suchtverhalten die wesentlichen Faktoren, die zur Wohnungslosigkeit führen können. Die Coronakrise hat die Situation für viele Menschen zusätzlich verschärft. **Pressekonferenz Wohnungslosenhilfe OÖ und Soziallandesrätin Birgit Gerstorfer**

Gerstorfer ersucht deshalb alle Oberösterreicher*innen, die Probleme bei den Mietzahlungen haben, bestehende Hilfsangebote rechtzeitig und nicht erst bei Fälligstellung der Zahlungen in Anspruch zu nehmen. „Ist eine Räumungsklage bereits eingebracht, wird Hilfestellung immer schwieriger“, warnt die Landesrätin.

Für Menschen, die von Wohnungsverlust bedroht sind, bietet das Land Oberösterreich ein flächendeckendes Angebot der Delogierungsprävention, die regionsspezifisch von verschiedenen Kooperationspartner*innen angeboten wird. In sechs Regionen ist je ein Träger der Wohnungslosenhilfe als Koordinationsstelle beauftragt und Anlaufstelle für sämtliche Anliegen rund um Delo-

gierungsprävention und Wohnungssicherung. Das Ziel der Wohnungslosenhilfe ist die Abwendung einer drohenden Wohnungslosigkeit, die schrittweise Verbesserung der Lebenssituation Betroffener, deren langfristige Stabilisierung und die Wiedererreichung einer selbständigen Lebensführung in einer eigenen Wohnung.

„Was wir in der Beratung vor allem feststellen“, so Hubert Mittermayr, Geschäftsführer der Wohnplattform, „ist, dass Menschen, die vor Corona bereits mit schwierigen Umständen zu kämpfen hatten, von der Kurzarbeit, dem Lockdown und allen damit einhergehenden Herausforderungen, getroffen wurden und nun rascher Hilfe suchten, als sie es vielleicht ohne Pandemie getan hätten. Die Haushalte, die aufgrund der Pandemie erst in Schwierigkeiten geraten sind, werden aller Wahrscheinlichkeit nach erst nächstes Jahr, wenn die Sonderregelungen bzgl. Mietzahlungen auslaufen, Kontakt zu den Beratungsstellen suchen.“

PROBLEMATISCHE ENTWICKLUNGEN

Zugang zu Wohnraum soll ein Grundrecht sein. Dies nicht zu ermöglichen, bedeutet den Ausschluss von Menschen an der gesellschaftlichen Teilhabe! Leider wurden der Zugang zu gemeinnützigen Wohnbau und auch die Möglichkeiten der Unterstützung durch die Wohnbeihilfe in den vergangenen Jahren eingeschränkt, was sich auch im Bereich der Delogierungsprävention

bemerkbar macht. Auch das neue Sozialhilfe-Ausführungsgesetz, als Nachfolgemodell der Mindestsicherung, birgt Verschlechterungen, die vermehrt in den Beratungsgesprächen zum Thema werden. Denn selbst wenn eine Wohnbeihilfe bezogen wird, wird diese in der Sozialhilfe angerechnet und damit zur Gänze vom jeweiligen Richtsatz abgezogen. Das kann für Familien ein Einkommensverlust von bis zu 350 Euro bedeuten.

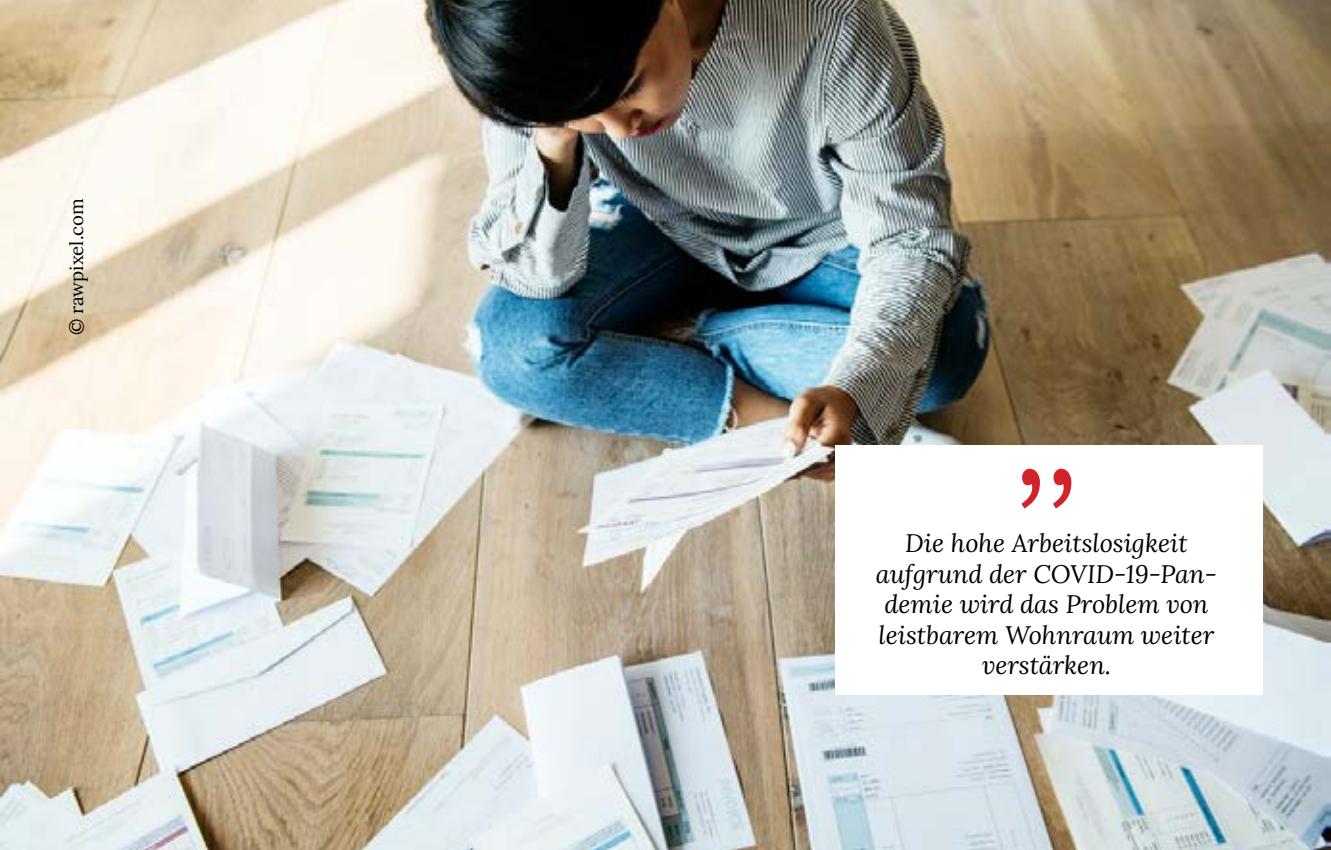
Die **BAWO Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe** fordert österreichweit einen Härtefallfond zur Wohnungssicherung analog zum Härtefallfonds für Unternehmer*innen, zu installieren. Damit sollen armutsgefährdeten Menschen mit hoher Wohnkostenbelastung Zuschüsse gewährt werden.

ANGEBOTE

- Das gesamte Angebot der Wohnungslosenhilfe von Beratung über Wohnangebote, Akuthilfe bis hin zur Mobilen Wohnbetreuung und Streetwork wurde **2019 von 10.659 Personen** genutzt, wobei eine Personen mehrere Dienstleistungen gleichzeitig in Anspruch nehmen kann.
- Im Jahr 2019 wurden 5.892 Personen (in 2.578 Haushalten mit 3.715 erwachsenen Personen und 2.177 Kindern) vom Netzwerk Wohnungssicherung beraten. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies bei der Anzahl der Haushalte einen **Anstieg von 122 Haushalten**.
- Insgesamt konnte dank des Netzwerkes Wohnungssicherung und der sehr guten Zusammenarbeit aller Beteiligten in 47% der Fälle der Wohnraum gesichert werden. Bei 26% wurde die Beratung abgebrochen bzw. ist der weitere Verlauf nicht bekannt. In 19% der Fälle wurde ein Wohnungswechsel vorgenommen und **nut 3% der beratenen Haushalte wurden tatsächlich deologiert**. Bei 3% wurde ein Wechsel in eine betreute Wohnform erforderlich, die restlichen 2% sind wohnungslos, in Haft oder im Krankenhaus.
- In Oberösterreich gibt es **57 Übergangswohnungen**. Sie bieten wohnungslosen Männern und Frauen eine zeitlich befristete, selbständige Wohnmöglichkeit und Hilfe beim Erarbeiten neuer Zukunftsperspektiven und dienen als Sprungbrett für eine eigene Wohnung.
- 2019 nächtigten 799 wohnungslose Personen (davon ein Kind) in einer Notschlafstelle.
- **Tageszentren und Wärmestuben werden in Linz, Wels und Steyr angeboten**. 2.944 Personen nutzten Personen nutzten 2019 dieses Angebot.
- Im Zuge einer weiterführenden oder nachgehenden Hilfestellung erhielten 2019 insgesamt 479 Personen eine **Wohnbetreuung** in einem Wohnheim, einer Übergangswohneinrichtung oder durch eine Mobile Wohnbegleitung in der eigenen Wohnung. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg um 5,4%.
- **Niederschwellige Beschäftigungsangebote** werden im „Arge-Trödlerladen“ und bei der Straßenzeitung „Kupfermuckn“ des Vereines Arge für Obdachlose angeboten. 489 Menschen (plus 5,4%) fanden einen



Zuverdienst und eine sinnvolle Tagesstruktur. Positiv am großen Andrang ist die Tatsache, dass diese Menschen alle arbeiten wollen, auch wenn es sich oft um körperlich anstrengende Arbeit handelt und, dass der wirtschaftliche Erfolg und der Anstieg der Erträge es möglich macht, zunehmend mehr Menschen zu beschäftigen.



“

Die hohe Arbeitslosigkeit aufgrund der COVID-19-Pandemie wird das Problem von leistbarem Wohnraum weiter verstärken.

WOHNBEIHILFE OÖ - SPAREN BEI DEN ÄRMSTEN

Die Zahl der Wohnbeihilfen-Beziehenden und die ausbezahlte Wohnbeihilfe sind in den letzten 10 Jahren massiv gesunken. Wurden 2010 noch 85 Millionen Euro an Wohnbeihilfe ausbezahlt, so waren es 2019 nur noch 52 Millionen Euro. Im gleichen Zeitraum sind die Mieten um über 30 Prozent gestiegen – deutlich höher als die Lohneinkommen

Betroffen von den Kürzungen sind nicht nur Drittstaatenangehörige, wie LH-Stv. Manfed Haimbuchner in einer Aussendung im September behauptete, sondern auch Alleinerziehende oder Studierende. Bei der Reform der Wohnbeihilfe (seit 1.1.2018 in Kraft) musste außerdem legistisch nachgebessert werden, die erste Fassung war diskriminierend und schloss seit langem in Österreich lebende Menschen vom Bezug aus, wie das Linzer Landesgericht in mehreren Verfahren sowie die Volksanwaltschaft feststellten.

Die OÖ Wohnungslosenhilfe bezeichnet diese Politik als

„Sparen bei den Ärmsten“. Sie wirkt armutsverfestigend und desintegrierend.

WOHNBEIHILFE WICHTIGES INSTRUMENT

Die Auswirkungen dieses Einsparungskurses auf Kosten von armutsbetroffenen oder -gefährdeten Menschen spürt die Wohnungslosenhilfe OÖ direkt in ihren Einrichtungen. Die Klient*innenzahl steigt stetig, weil sich immer mehr Menschen ihre Wohnung nicht mehr leisten können. Die Gewährung der Wohnbeihilfe war in der Vergangenheit ein wichtiges Instrument zur Sicherung der Wohnung. Ein Teil der Klient*innen erhält diese Unterstützung nun nicht mehr! Die Mietpreisseigerungen, die in den letzten Jahren deutlich über der Inflationsrate lagen, und über die auch in den Medien laufend berichtet wird, verschärft die Wohnungskrise noch. Hinzu kommt der für Drittstaatenangehörige und Asylberechtigte massiv erschwerte Zugang zu geförderten und damit leistbaren Wohnungen. Viele dieser Menschen sind auf den privaten Wohnungsmarkt mit deutlich höheren Mietpreisen angewiesen.

Die hohe Arbeitslosigkeit aufgrund der COVID-19-Pandemie wird das Problem von leistbarem Wohnraum weiter verstärken.

100 JAHRE VERFASSUNG: SOZIALE MENSCHENRECHTE IN DIE VERFASSUNG



Die **Armutskonferenz** konkretisierte aus Anlass 100 Jahre Verfassung den langjährigen Plan, soziale Menschenrechte als Verfassungsrechte anzuerkennen, und legt zum Jubiläum einen konkreten Gesetzesentwurf vor. „Die Schönheit der Verfassung zu würdigen, heißt sie um soziale Menschenrechte zu vervollständigen“. Bereits der Konvent zur Reform der österreichischen Verfassung hatte sehr weit fortgeschrittene Bestimmungen diskutiert. Das Regierungsprogramm sieht eine Erweiterung des Grundrechtskatalogs vor.

ÖSTERREICH-KONVENT UND EUROPÄISCHE GRUNDRECHTSCHARTA ALS VORBILD

Der Entwurf der Armutskonferenz „Bundesverfassungsgesetz soziale Sicherheit“ sieht neben der Gewährleistung eines „menschenwürdigen Daseins“ für alle Menschen folgende Rechte vor:

- das Recht auf Gesundheitsversorgung,
- das Recht auf Bildung und

- das Recht auf Mindestversorgung.

„Jeder Mensch hat das Recht auf Mindestversorgung, die ein menschenwürdiges Dasein, insbesondere materielle Sicherheit, soziale und gesellschaftspolitische Teilhabe, gewährleistet“, heißt es im Gesetzesentwurf der Armutskonferenz. Weiters macht der Entwurf Vorschläge für menschenrechtsbasierte Budgets und damit verbunden die Verwendung von öffentlichen Mitteln auf Basis von Menschenrechtsprinzipien, insbesondere der Nicht-Diskriminierung und Verteilungsgerechtigkeit. Der Entwurf folgt weitestgehend den Diskussionen im Österreich-Konvent, sowie der Grundrechtscharta der Europäischen Union. Das vorgeschlagene Bundesverfassungsgesetz würde das gesamte Menschenrechtsspektrum der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in Österreich in Verfassungsrang stellen und damit auch die langjährige Forderung, die Rechte aus dem Pakt für wirtschaftliche soziale und kulturelle Rechte (BGBL. 590/1978) anzuerkennen, erfüllen.

ERWEITERUNG DES GRUNDRECHTSKATALOGS NOTWENDIG

Das Verfassungsjubiläum ist der richtige Moment, um das Vorhaben der Regierung, den Grundrechtskatalog zu modernisieren, aufzugreifen.

“

Das österreichische Verfassungsrecht enthält – anders als zum Beispiel das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland – weder soziale Grundrechte, noch eine Sozialstaatsklausel oder einen speziellen Grundrechtschutz für sozialrechtliche Leistungen.

In der österreichischen Verfassung sind bereits wirtschaftliche Grundrechte – wie das Recht auf Erwerbs- und Eigentumsfreiheit – verankert, aber keinerlei soziales Grundrecht. Es ist wichtig und unverzichtbar, dass unsere Freiheitsrechte vor staatlichen Übergriffen geschützt werden. Aber unser Grundrechtskatalog bleibt eine halbe Sache, wenn nicht auch die sozialen Existenzgrundlagen abgesichert werden.

So hält das deutsche Bundesverfassungsgericht fest, dass „Menschen nicht auf das schiere physische Überleben reduziert werden dürfen, sondern mit der Würde mehr als die bloße Existenz und damit auch die soziale Teilhabe als Mitglied der Gesellschaft gewährleistet“ werden muss. Einer Spaltung in einen physischen „Kernbereich“ und einen sozialen „Randbereich“ der Existenzsicherung erteilt das Bundesverfassungsgericht eine klare Absage.



“

Auf die Hälfte der befragten armutsbetroffenen Familien (51 %) hat sich die Corona-Krise finanziell negativ ausgewirkt.

Ein recht hoher Prozentsatz, wenn man bedenkt, dass ihr Einkommensniveau schon vor Corona unter der Armutsgefährdungsschwelle lag.

WIE DIE CORONA-KRISE KINDER TRIFFT

Steigende Armut, wachsende Ungleichheit. Es geht um die Zukunft der nächsten Generation. Hanna Lichtenberger & Judith Ranftler (Volkshilfe Österreich)

Weltweit könnten die Folgen der Corona-Krise dazu führen, dass bis zu 86 Millionen zusätzliche Kinder Ende dieses Jahres in Armut leben. (UNICEF 2020) Auch wenn Österreich weniger stark betroffen ist, so spüren Kinder und Jugendliche auch hier die Auswirkungen der Pandemie. Während sie die Politik als „Covid-19-Supersprecher“ und „Humankapital“ bezeichnete und ihre Rechte und Interessen ignorierte, zeigt sich an den Lebenslagen der Kinder deutlich: die Corona-Krise ist weit mehr als eine Gesundheitskrise. **Als multiple Krise zeigen sich viele ihrer Dimensionen und Folgen auch erst nach und nach.** Die politische Bearbeitung der Covid-19-Krise verschärft bereits bestehende Benachteiligungen. Denn die neoliberalen Umgestaltung der Gesellschaft hat große Lücken ins soziale Netz gerissen, die sich im Kontext der Covid-19-Krise verstärken und auf ohnehin mehrfach diskriminierte Kinder und Jugendliche wirken.

KINDERARMUT IN ÖSTERREICH

Die EU-SILC-Erhebung 2019 zeigt, dass in Österreich 17% der Gesamtbevölkerung von Armut- oder Ausgrenzung gefährdet sind. Konkret sind das 1.472.000 Menschen, davon 303.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Das ist mehr als ein Fünftel (21%) aller armuts- und ausgrenzunggefährdeten Menschen in Österreich.

Ob Kinder in Armut leben müssen, hängt stark vom Erwerbsarbeitsausmaß der Eltern ab. 60% der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren, in deren Haushalten eine Person langzeitarbeitslos ist, gelten als armuts- oder ausgrenzunggefährdet. Noch höher ist Zahl in Haushalten, wo Sozialleistungen die primäre Quelle des Einkommens darstellen (83% armuts- /ausgrenzunggefährdet). Weist eine der im Haushalt lebenden, erwachsenen Personen eine Behinderung auf, ist die Armutsbetroffenheit bei Kindern und Jugendlichen ebenfalls überdurchschnittlich wahrscheinlich (34%).

In den letzten Jahren ist ein leichter Rückgang der absoluten Armutszahlen von 1.699.000 (20,6%) im Jahr 2008 auf 1.472.000 (16,9%) im Jahr 2019 zu verzeichnen. Die Corona-Krise mit Wirtschaftseinbruch und Rekordarbeitslosigkeit droht diesen positiven Trend zu beenden. Alleine dass fast jedes 5. Kind in Österreich in Armut aufwächst, ist Grund genug für Überlegungen, wie wir als Gesellschaft Kinder und Jugendliche aus der Armut befreien können. Aus der prekären finanziellen Lage ergeben sich für die Kinder und Jugendlichen nämlich nicht nur materielle Einschränkungen, sondern auch gesundheitliche und psychosoziale Folgen, sozialer Ausschluss oder auch verringerte Bildungschancen.

LEBENSLAGEN ARMUTSBETROFFENER KINDER

15% der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren leben in überbelegten Wohnungen, 10% in feuchten und schimmeligen und 18% in lauten Wohnsituationen. Ar-

WIE SCHÄTZEN SIE DIE LEBENSQUALITÄT IHRER FAMILIE EIN?

Quelle: Volkshilfe, 2020

VOR Corona



WÄHREND Corona



Armut betroffene Kinder und Jugendliche sind von diesen schlechten Wohnverhältnissen stark betroffen. Sie haben im Durchschnitt 14 Quadratmeter Platz zum Leben, Spielen und Lernen. (Bacher 2020) Ein eigener Schreibtisch oder einfach ein Platz, um Hausaufgaben in Ruhe zu erledigen, fehlt dann. Armut betroffene Kinder können z.B.: weniger oft an Geburtstagsfeiern von Freund*innen teilnehmen, weil die erwarteten Geschenke nicht bezahlbar sind. Auch sind sie ausgeschlossen, wenn alle Mitschüler*innen vom neuesten Kinofilm erzählen. Durch die fehlende Teilnahme an außerschulischen Freizeitaktivitäten (Sportverein, Kulturinitiative, etc.) ergeben sich weniger soziale Kontakte.

CORONA MASSNAHMEN VERSTÄRKEN UNGLEICHHEIT IN DEN BILDUNGSCHANCEN

Armut ist ein Hauptgrund für ungleiche Bildungs- bzw. Lernerfolge (UNESCO 2020), ein Umstand, der auf vielfältige Dimensionen zurückzuführen ist. Schule ist in Österreich keineswegs kostenfrei. Die Schulkostenstudie der Arbeiterkammer zeigt, dass Familien bis zu 855 Euro im Schuljahr für schulbezogene Kosten (z.B.: mehrtägige Schulveranstaltungen, Kopierkostenbeitrag, Materialien für den Werkunterricht, Ausstattung für den Schulalltag oder auch private Nachhilfestunden) aufbringen mussten. Kosten für die Nachmittagsbetreuung oder privates Schulgeld sind hier nicht inkludiert. Und gerade der Schulstart bringt hohe Ausgaben für die Erstausstattung (197 Euro).

Es ist leider zu erwarten, dass die Corona-bedingten Maßnahmen wie das Aussetzen des Regelbetriebs in Schulen und Kindergärten sowie Homeschooling langfristige Auswirkungen auf den Bildungsweg von armut betroffenen Kindern und Jugendlichen haben. Das Institut für Höhere Studien hat Lehrer*innen aus NMS und AHS zu ihren Einschätzungen über die Auswirkung von Homeschooling befragt. **Ein Zwischenergebnis zeigt, dass 12% der Schüler*innen im Homeschooling nicht oder nur schlecht erreicht werden konnten.** Dieser Anteil steigt in der Gruppe der als benachteiligt eingeschätzten Kinder auf 36%. Mehr als jedes 5. Kind (21%)

bekam keine Hilfe der Eltern beim Homelearning. Dazu kommt, dass lt. EU-SILC 36% aller unter 18-jährigen Armut- oder Ausgrenzungsgefährdeten keinen PC im Haushalt haben (10% aller anderen Jugendlichen). Auch der beengte Wohnraum und das Fehlen eines eigenen Schreibtisches werden hier besonders schlagend. Zusätzlich steigen Konflikte in Familien an: 30% der in der Jugendwertestudie 2020 befragten Jugendlichen geben an, dass seit dem Lockdown die Spannungen in der Familie steigen. Gerade die 16- bis 19-Jährigen empfinden das beengte Zusammenleben in den Familien als unangenehm – gerade dann, wenn nur wenig Wohnraum zur Verfügung steht.

SICHT DER BETROFFENEN

Die Volkshilfe Österreich hat im Juni 2020 armut betroffene Familien zu Folgen der Corona Krise befragt. Mehr als Dreiviertel aller Befragten (79%) geben an, sich jetzt noch mehr Sorgen über die Zukunft zu machen. Über die Hälfte (55%) sorgen sich auch, dass ihre Kinder in der Schule nicht gut abschließen werden. Auf die Hälfte der befragten Familien (51 %) hat sich die Corona-Krise finanziell negativ ausgewirkt. Ein recht hoher Prozentsatz, wenn man bedenkt, dass ihr Einkommensniveau schon vor Corona unter der Armutgefährdungsschwelle lag. Auf die Frage, ob und wie sich die Emotionalität ihrer Kinder in der Corona-Krise verändert hat, geben jeweils mehr als die Hälfte der Eltern an, dass ihre Kinder trauriger (74%), einsamer (57%) oder aggressiver (53%) waren als zuvor.

Für rund zwei Drittel aller Befragten war eine ziemlich bis sehr große Belastung, dass ihre Kinder nicht mehr in die Schule beziehungsweise den Kindergarten gehen konnten. Viele berichten von finanziellen Problemen wegen der Mehrkosten durch das Homeschooling. Neben den bekannten Herausforderungen, wie fehlenden Laptops oder Internetzugang, sowie Mangel an Lernraum, nannten die Meisten, dass ihnen das Wissen (58%) und die Zeit (38%) fehle, um ihren Kindern bei den Aufgaben helfen zu können. Beides verweist auf den Zusammenhang zwischen Armut und Bildung, sowie die intergenerationale Weitergabe von Armut.



ARMUTSBETROFFENE UND CORONA-KRISE

Eine im Oktober veröffentlichte Studie untersucht die Auswirkungen der so genannten Corona-Krise auf den Alltag armutsbedrohter und armutsbetroffener Personen in Österreich. Sie berücksichtigt in besonderem Maß jene hoch vulnerablen Personengruppen, die bereits seit längerer Zeit ein Einkommen unter oder nahe der Armutsgefährdungsschwelle haben und/oder gesellschaftlich ausgesgrenzt werden. Aber sie untersucht auch die Situation jener Gruppen, die infolge der COVID-19-Pandemie neuerdings in (oder in die Nähe von) Armut geraten sind. **Armutskonferenz**

Der Ausnahmezustand rund um die Covid-19-Pandemie bringt regelmäßig soziale Ungleichheit und Missstände im Arbeitsleben ins Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit. Auch in dieser qualitativen Studie entfaltete die Pandemie diese „enthüllende“ Kraft. Gefragt war nach den Auswirkungen der Corona-Krise auf das Leben von Menschen, die in Österreich von Armut bedroht oder betroffen sind. Zusätzlich zu vielen Details aus dem Corona-Alltag jener, die schon lange wissen, wie sich Ar-

mut anfühlt, aber auch jener, die aktuell ihren Job, ihr Engagement als Kunstschauffende oder ihre Aufträge als Ein-Personen-Unternehmer*innen (EPU) verloren haben und deshalb in die Nähe von Armut geraten sind, zeigt die Studie auch allgemeine Entwicklungen, etwa einige Bruchlinien in der Gesellschaft, die in den letzten Monaten sichtbar wurden: zwischen arm und mittelständisch, arbeitslos und erwerbstätig, alt und jung.

PREKÄRE BESCHÄFTIGUNG

Wer vor dem März 2020 prekär oder gar irregular gearbeitet hatte, konnte in den Wochen danach seinen bzw. ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft kaum noch bestreiten. Wer in prekären Verhältnissen arbeitet, kann einen wochenlangen Lockdown bzw. eine noch längere Zeit mit geringerem oder gar keinem Erwerbseinkommen nicht überbrücken. Betrachtet man also Gruppen, die schon im Frühjahr 2020 nicht mehr wussten, wie sie ihr Leben bestreiten sollen, stößt man oft auf prekäre Arbeitsverhältnisse aus den Zeiten der Normalität, zB bei den freiberuflichen Kunstschauffenden. Sie arbeiten für Kultureinrichtungen mit gutem Ruf, entwerfen Kostüme, spielen im Orchester oder sind im Hintergrund tätig, aber ihre Gagen sind beschämend niedrig und der Sozialversicherungsschutz löchrig.

Das geringfügige Zusatzeinkommen als Zünglein an der Waage: Es gibt eine große Zahl von Armutsbetroffenen, die einer geringfügigen Beschäftigung nachge-

hen und dadurch Arbeitslosengeld, Notstandshilfe oder (Mindest-) Pension aufbessert. 2020 lag die Geringfügigkeitsgrenze bei 460,66 Euro monatlich – das ist im Verhältnis zum Sozialleistungsbezug viel Geld. Viele verloren ihre geringfügige Beschäftigung nach dem Lockdown und damit einen beträchtlichen Teil eines Einkommens, das so knapp ist, dass jeder Euro zählt. Die Arbeit ist das zentrale Anliegen der Befragten, der Kunstschaffenden, der EPU (denen die Aufträge weggebrochen sind), der „neuen“ Arbeitslosen, der Erwerbstätigten (die mit der Arbeit im Homeoffice gekämpft haben), der Langzeitarbeitslosen (die ihre Chancen angesichts der neuen, besser qualifizierten Konkurrenz am Arbeitsmarkt schwinden sehen) sowie einer Gruppe, die bisher unbeachtet war: jener Empfänger*innen einer Sozialleistung, die eine geringfügige Zusatzbeschäftigung (und damit bis zu ein Drittel ihres Gesamteinkommens) infolge der Corona-Krise verloren haben, ohne Aussicht auf staatliche Hilfe.

BESONDERE VULNERABILITÄT

Der Lockdown traf Armutsbetroffene besonders heftig: Sie empfanden (wie viele andere Befragte auch) die Kommunikation der Ausgangsbeschränkungen als unklar. Die Unsicherheit darüber, was verboten sei, führte dazu, dass sich manche kaum ins Freie trauten, auch weil sie die (für sie unerschwinglich) hohen Strafen fürchteten. Armutsbetroffene gehören außerdem wegen ihrer tendenziell schlechteren Gesundheit überdurchschnittlich oft einer Risikogruppe an. Manche verließen im Lockdown nie das Haus und vereinsamt zusehends. All dies verursachte massive psychische Probleme: Ängste, Aggressionen und Depressionen, die im Sommer noch immer da waren. Probleme, die manche bereits seit langer Zeit begleiten, wurden nun (wieder) akut. Die Corona-Krise machte die hohe Vulnerabilität dieser Menschen sichtbar. Sie hatte auf ihr Wohlbefinden, aber auch auf ihren Bewegungsradius besonders starken Einfluss. Auch die anderen Befragten litten unter solchen Folgen des Lockdowns, konnten aber besser damit umgehen.

Was ausschließlich Armutsbetroffene aufgrund der engen Haushaltsbudgets spürten, war die geringfügige, aber stetige Preissteigerung bei Lebensmitteln, vor allem Obst und Gemüse, und die deutlichere zB bei Versandhandel und Gastronomie. Heizkosten schlügen sich zu Buche und billiges Brennmaterial war nicht verfügbar. Auch bemerkten sie bereits früh Beschämungs- und Spaltungstendenzen gegenüber und innerhalb Betroffener. Armutsbetroffene weisen hier ein geschärftes Sensorium auf, weil sie aufgrund ihrer schwachen Position in der Gesellschaft schon kleine Veränderungen am eigenen Leib zu spüren

bekommen.

Das Homeschooling machte armutsbetroffenen Alleinerziehern*innen das Leben schwer: Aus den Schulen erhielten sie keine Unterstützung, die Kinder lernten nicht oder nur widerspenstig, vor allem aber reichte die Computer- und Internetausstattung für den Online-Unterricht nicht aus, speziell in Mehrkindfamilien. Die befragten Mütter äußerten die Befürchtung, ihre Kinder seien noch weiter hinter die materiell besser gestellten Schulkollegen*innen zurückgefallen, weil dieses Schuljahr *de facto* verloren sei. Nicht nur das Homeschooling zeigte, dass Armutsbetroffene nicht voll an der Gesellschaft teilhaben konnten, weil ihnen Computer, ein schnelles, stabiles Internet sowie Drucker/Scanner im Haushalt fehlen. Dies war auch für Amtswege, Bewerbungsunterlagen, Studium und nicht zuletzt die Pflege der sozialen Kontakte problematisch.

„Aber insgesamt habe ich einfach gemerkt, dass die schon total zurückfallen. Da habe ich dann auch so das Gefühl, ich gerate halt so ins Hintertreffen und die Kinder geraten so ins Hintertreffen gegenüber Leuten, die vielleicht schon in einer bissl besseren Situation sind. (...) Das ist auch ein Grund jetzt für meine Ängste gewesen, weil ich konnte das überhaupt nicht auffangen eigentlich.“

Alle Befragten traten bei den Ausgaben leise. Allen machte die Unsicherheit über die Zukunft zu schaffen, speziell den Kunstschaffenden und EPU, die ohne ausreichende Engagements bzw. Aufträge für den Herbst und das Jahr 2021 waren. Viele haben bereits ihre Tätigkeitsfelder ausgeweitet und Exit-Strategien erdacht, fürchten aber eine Schwächung ihrer Position gegenüber den Auftraggebern*innen, das heißt nachteilige Vertragsbedingungen und niedrigere Gagen bzw. Honorare.

Die wichtigsten, weil unkomplizierten, raschen und stetigen Hilfsleistungen kamen aus dem privaten Umfeld, insbesondere die Eltern der keineswegs jungen Befragten sprangen ein. Die Unterstützung durch soziale Einrichtungen (zB Caritas, Diakonie) gewann ebenfalls an Bedeutung. Die staatliche Corona-Hilfe sorgte

gleichermaßen für Erleichterung wie Kritik: Sie habe, als sie ankam, zu großer Entlastung geführt und vor Zahlungsunfähigkeit bewahrt. Die Hilfe sei aber zu spät (zB Überbrückungsfinanzierung für Künstler*innen) oder noch gar nicht (zB Familienhärtefallfonds) ausgezahlt worden, die Vergaberichtlinien seien unklar bis irreführend. Manche EPU seien überhaupt durch die Maschen des Netzes gefallen.

STUDIE

http://www.armutskonferenz.at/files/armutskonferenz_erhebung_armutsbetroffene_corona-krise_2020.pdf

„ „

„Aber insgesamt habe ich einfach gemerkt, dass die schon total zurückfallen. Da habe ich dann auch so das Gefühl, ich gerate halt so ins Hintertreffen und die Kinder geraten so ins Hintertreffen gegenüber Leuten, die vielleicht schon in einer bissl besseren Situation sind. (...) Das ist auch ein Grund jetzt für meine Ängste gewesen, weil ich konnte das überhaupt nicht auffangen eigentlich.“



“

Menschen in Notlagen sind die Verliererinnen und Verlierer dieser nahezu chaotischen Umgestaltung des zweiten Sozialen Netzes.

ZWEITES SOZIALES NETZ: WOHIN GEHT DIE REISE?

Die unverantwortliche Sozialpolitik setzt sich leider fort: Statt der finanziellen Absicherung für Menschen in Notlagen in einem Umfang, der einem der reichsten Länder der Erde würdig wäre, gibt es in den Bundesländern den vom Bund befeuerten ungebremsten Umbau mit unklarem Ziel. Denn auch die restriktiven Ankündigungen der ehemaligen türkis-blauen Bundesregierung vor Beschlussfassung des Sozialhilfe Grundsatzgesetzes (SHGG) bleiben ein Flickwerk: Kürzungen wurden erst in zwei Bundesländern umgesetzt, einheitliche Auslegungen fehlen, überschießende Umsetzungen (beispielsweise bei Anrechnung von Einkünften in Oberösterreich) bleiben unangetastet stehen und es gibt mehr Unklarheiten und Differenzen statt der angekündigten Vereinheitlichung. **Norbert Krammer, VertretungsNetz**

In der öffentlichen Diskussion bemühen sich rechts-konservative Politiker*innen weiterhin, das Schreckgespenst explodierender Sozialhilfekosten und von täglichem Sozialmissbrauch ohne Belege und Nachweise zu ventilieren. Menschen in Not werden gedemütigt, statt dass ihnen geholfen wird.

ARMUT UND NOT IN ÖSTERREICH WEITER AUF HOHEM NIVEAU

Die Statistik Austria veröffentlichte im Mai 2020 die periodischen EU-SILC Daten für das Vorjahr: In Österreich waren 2019 insgesamt 1.472.000 Personen armuts- oder ausgrenzungsggefährdet, also rund 17% der Wohnbevölkerung. Daten, die immer wieder präsentiert werden, doch oft bleibt die mediale Aufmerksamkeit bei der Datenentwicklung. Beispielsweise, dass es leichte Schwankungen gibt - so verringerte sich im Vorjahr der Anteil der armutsgefährdeten Wohnbevölkerung um fast einen Prozentpunkt. Jedoch ist angesichts der aktuellen Corona-Pandemie ein erheblicher Anstieg für das laufende Jahr zu erwarten.

Armutserhebung in Österreich bildet nicht einen abstrakten Zustand ab, wie wir ihn als Medienkonsument*in aus den Nachrichten und Berichten über ferne Ländern kennen. Nein, es sind die Menschen in unserer Umgebung, in der Nachbargemeinde, in anscheinend

idyllischen Landgemeinden und pulsierenden Städten. Für armutsgefährdete Menschen ist es nicht selbstverständlich, dass ein defektes Haushaltsgerät, z.B. die Waschmaschine, ersetzt werden kann. Armutgefährdete Kinder und Jugendliche haben zu einem Drittel keinen gesicherten Zugang zu einem PC im Haushalt, können oft den regelmäßig mit Kosten verbundenen Freizeitaktivitäten nur eingeschränkt nachkommen und acht Prozent der Kinder können Freunde aus finanziellen Gründen nicht zum Spielen oder Essen einladen. Die Auswertungen der EU-SILC-Daten bieten noch eine Reihe weiterer Beispiele, mit denen die sonst trockene Statistik für Politik und Bevölkerung so aufbereitet wird, dass Betroffenheit entsteht und der Handlungsbedarf gesehen wird.

MINDESTSICHERUNG UND ARMUTSBEKÄMPFUNG

Mit der bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) setzten sich die Bundesländer das Ziel, die früher aus der Armenfürsorge entwickelte Sozialhilfe wesentlich zu verbessern und stellten Armutsbekämpfung programmatisch in einer Vereinbarung ab 2010 in den Mittelpunkt. Mit dem Mindeststandard sollte der Lebensbedarf (samt Wohnbedarf) auf bescheidenem Niveau abgedeckt werden. Es ist kein Zufall, dass in dieser Zeit die Armutsgefährdungsquote gesunken ist, setzte die BMS doch auch sehr stark auf eine Vermittlung in den Arbeitsmarkt und damit dauerhafte Absicherung. Noch wichtiger war die drastische Reduktion der sogenannten Non-Take-Up-Rate, also der Nichtinanspruchnahme trotz materieller Not und Anspruch auf BMS, auf rund ein Drittel. Waren es früher mindestens doppelt so viele Personen, die Anspruch gehabt hätten, ist dies aktuell damit weit geringer.

Auch die Anzahl der Personen, die Mindestsicherung / Sozialhilfe benötigen, reduzierte sich bis 2019 fast auf den Stand von 2015. Diese empirischen Tatsachen werden bei der politischen Diskussion außer Acht gelassen.

GRUNDSATZGESETZ WIRD DURCHGEDRÜCKT

Die jahrelange politische Kritik führte 2019 nach veränderten Mehrheitsverhältnissen im Nationalrat zur Beschlussfassung des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes durch ÖVP und FPÖ. Ziele waren u.a. die Einschränkung des Zugangs, um Anreize für die Menschen zu reduzieren, die vor Krieg oder Katastrophen auf der Flucht sind und angeblich die Sozialleistungen Österreichs ansteuerten, aber auch Sozialmissbrauch und bewusst vermiedene Erwerbstätigkeit sollten durch Senkung der

„“

Es ist kein Zufall, dass in dieser Zeit die Armutsgefährdungsquote gesunken ist, setzte die BMS doch auch sehr stark auf eine Vermittlung in den Arbeitsmarkt und damit dauerhafte Absicherung.

Leistungen deutlich unter der Armutsschwelle erreicht werden. Die Länder haben durch den Beschluss des Nationalrates den Auftrag, die Vorgaben des SH-GG umzusetzen. Es regte sich bereits im Vorfeld erheblicher Widerstand. Es folgte die Anfechtung durch Abgeordnete des Bundesrats beim VfGH, der schlussendlich Teile des Grundsatzge-

setzes aufhob, andere Regelungen bestätigte und Auslegungsspielräume benannte.

Niederösterreich und Oberösterreich hatten ja schon Ausführungsgesetze beschlossen, die nun angepasst wurden. In den anderen sieben Bundesländern gilt noch die BMS, manchmal mit kleinen Veränderungen Richtung Sozialhilfe. Entgegen der medialen Darstellung ist es doch sehr unübersichtlich und die Abweichungen zwischen den Bundesländern werden sicher größer als kleiner.

BRENNPUNKTE BEI AUSFÜHRUNGSGESETZEN

Grundsätzlich werden Leistungen der Mindestsicherung durch die Landes-Ausführungsgesetze der Sozialhilfe reduziert, besonders in Mehrpersonenhaushalten (minus fünf Prozent für jede Person, in Summe damit wesentliche Abstriche). Groß beworbene Verbesserungen durch Zuschläge (beispielsweise Aufnahme von Erwerbsarbeit) sind oft zeitlich auf ein Jahr befristet und damit nur eine passagere Anhebung. Die grundrechtswidrige Kürzung bei den Richtsätzen für Kinder durch das Grundsatzgesetz wurde bekanntlich vom VfGH aufgehoben und damit für die Ausführung abgewendet. Ausschluss von Personengruppen und erschwerter Zugang wurden festgelegt und Sanktionsmöglichkeiten erweitert. Durch das Grundsatzgesetz strömt der Duft von Abschreckung, Sanktion und Hürden, die durch restriktives Verwaltungshandeln umgesetzt werden sollen. In Niederösterreich und Oberösterreich gibt es bereits Landesgesetze als Ausführung des SH-GG und damit auch praktische Erfahrungen und erste Einschätzungen der negativen Auswirkungen. Armutskonferenz und Sozialplattform haben gemeinsam mit den Mitgliedsorganisationen in den letzten Wochen aufgezeigt, dass beispielsweise in Oberösterreich manche Familien mehrere hundert Euro monatlich weniger haben.

„“

Die negativen Auswirkungen des SH-GG bei der notwendigen Abdeckung der Wohnkosten werden sichtbarer und die „Einzelfälle“ häufiger, obwohl bisher erst zwei Bundesländer Ausführungsgesetze in Kraft gesetzt haben.

Auch die Möglichkeit für wohnungslose Menschen auf Zuverdienst in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe gehört der Vergangenheit an, denn diese kleinen Beträge werden nun als Einkünfte angerechnet und verringern die Sozialhilfe. Ein Zuverdienst durch das sinnvolle Arbeiten im Trödlerladen oder bei einem Projekt wird durch die neuen Anrechnungen der Einkünfte defacto unterbunden.

Die restriktiven Regelungen für Haushaltsgemeinschaften bringen in Niederösterreich für Frauen in Notwohnungen erhebliche Einbußen von mehreren hundert Euro monatlich. In Oberösterreich sind ähnliche Probleme aufgetreten und aktuell für Wohnungslosenhilfe-Einrichtungen und deren Bewohner*innen belastend, denn hier werden monatlich fast EUR 170,- gestrichen. Entweder können die Wohnangebote der Sozialeinrichtungen nicht mehr finanziert werden, und es geht dieses Angebot daher verloren, oder die Bewohner*innen sparen sich den Differenzbetrag von den Lebenshaltungskosten ab und überleben in großer Not.

Die negativen Auswirkungen des SH-GG bei der notwendigen Abdeckung der Wohnkosten werden sichtbarer und die „Einzelfälle“ häufiger, obwohl bisher erst zwei Bundesländer Ausführungsgesetze in Kraft gesetzt haben.

Salzburg hat mit dem Sozialunterstützungs-Gesetz (SUG) bereits im Frühling ein SH-GG beschlossen, aber dieses Ausführungsgesetz tritt durch eine coronabedingte Verschiebung erst 2021 in

Kraft. Die Wohnkosten waren schon bisher in Salzburg ein schwieriges Thema in der Mindestsicherung, da Salzburgs Mietpreise davongaloppieren und die Unterstützung – der höchstzulässige Wohnaufwand (HWA) – unter den Marktpreisen gedeckelt wurde. Jahrelange Diskussionen konnten daran wenig ändern. Für BMS-Bezieher*innen ist es in Salzburg unter diesen Rahmenbedingungen schwierig, eine Unterkunft anzumieten, deren Miete voll bei der Berechnung berücksichtigt wurde. Mit dem SUG und den Bestimmungen aus dem SH-GG war eine weitere Verschärfung durch die Anrechnung der Wohnbeihilfe als Einkommen zu befürchten. Die geplante SUG-Verordnung-Wohnen soll dies durch eine erhebliche Anhebung des HWA abfedern oder sogar ausgleichen, wie auch von Sozialinitiativen im Begutachtungsverfahren anerkannt wurde. Große Probleme sind aber durch die fixe Aufteilung der Leistung von Wohnen und Lebensbedarf (mit Überschreitung für Wohnen durch Sachleistungen) zu erwarten. Denn wenn die Wohnkosten nicht den Maximalbetrag erreichen, wird die Gesamtleistung entsprechend gekürzt und damit der Lebensunterhalt eingeschränkt. Sehr verworren und schwer nachvollziehbar, wie viele Regelungen des SH-GG.

SOZIALHILFE UND AUSGLEICHSZULAGE ALS BERECHNUNGSGRUNDLAGE

Ende September gab die Bundesregierung die Pensionserhöhung für 2021 bekannt und legte gleichzeitig die Erhöhung der Ausgleichszulage, also der sogenannten Mindestpension, auf EUR 1.000 fest. Eine symbolträchtige Marke, die hier bewusst überschritten und politisch gefeiert wurde. Von den Grünen wurde auch die damit einhergehende – angeblich automatische – Erhöhung

der Mindestsicherung angekündigt. Aber das ist nicht ganz so sicher, weil nicht ganz so einfach.

Denn es ist ein erheblicher Unterschied, ob es sich bei der Bezugsgröße der Berechnung für monatliche Leistungen um eine Höchstgrenze – wie im System SH-GG – oder um einen Mindestbetrag – wie beim Mindeststandard der BMS – handelt. Denn der Höchstbetrag darf nicht überschritten, aber sehr wohl unterschritten werden. Genauso ist das SH-GG konzipiert und ermöglicht den Ländern bei den Ausführungsgesetzen dezidiert diese Möglichkeit der Leistungsminimierung. Mindestsicherung garantiert einen Mindestbetrag, der durch die Höhe der Ausgleichszulage nach unten abgesichert ist. Derzeit gibt es in Österreich noch beide Systeme, nur in Nieder- und in Oberösterreich gelten aktuell die Höchstgrenzen des SH-GG, obwohl bereits einige Bundesländer (z.B. Salzburg, Kärnten, Steiermark) sehr bald einen Wechsel vollziehen werden.

Der vorschnell angenommene Automatismus bei der Angleichung der Richtsätze bzw. Mindeststandards

an einen erhöhten Ausgleichszulagen-Richtsatz wird auch noch durch den Spielraum der Länder bei Umsetzung in die Landesgesetze beeinflusst. Während bei der Mindestsicherung nur die Form der Umsetzung – ob automatisch oder durch gesonderten Beschluss – variierte, gibt es jetzt keine Verpflichtung. Aktuell, und da die Grundlagen in den Bundesländern unterschiedlich sind, ist es tatsächlich nur auf Landesebene zu klären und daher oft bei Berichterstattungen unscharf oder

verwirrend. Es gibt Mischsysteme, wie in Wien, wo die Mindestsicherung auf den Ausgleichszulagenrichtsatz als Berechnungsgrundlage verweist, aber die jährlich vorgesehene Anpassung einer Verordnung überträgt, die in den letzten Jahren oftmals Monate später beschlossen und dann nachträglich ausbezahlt wurde. Salzburg hat seit Jahren bereits in der BMS einen Automatismus festgelegt, Niederösterreich setzt dies auch im Ausführungsgesetz um. Oberösterreich verzichtet auf eine Festlegung und könnte daher 2021 auf eine Erhöhung verzichten, wenn dies nicht durch öffentlichen Druck verhindert wird.

WOHIN DIE REISE DES ZWEITEN SOZIALEN NETZES GEHT, BLEIBT UNGEWEISS

Der bewusste Umbau von der Bedarfsorientierten Mindestsicherung in ein restriktives Sozialhilfe-System geht planmäßig im Sinn der ehemaligen ÖVP-FPÖ-Regierung und deren heute noch aktiven Proponenten weiter. Es wird auch immer unübersichtlicher und die Regelungen der einzelnen Bundesländer unterscheiden sich zunehmend.

Menschen in Notlagen sind die Verliererinnen und Verlierer dieser nahezu chaotischen Umgestaltung des zweiten Sozialen Netzes.

“

Es ist ein erheblicher Unterschied, ob es sich bei der Bezugsgröße der Berechnung für monatliche Leistungen um eine Höchstgrenze – wie im System SH-GG – oder um einen Mindestbetrag – wie beim Mindeststandard der BMS – handelt.



© paladin1212 - fotolia

SOZIALE ARBEIT WIRKT

„Ich war sehr schüchtern und habe damals fast nichts gesprochen... jetzt habe ich eine Lehrstelle“

H. kam sehr schüchtern in die Produktionsschule work.box und traute sich nicht, mit jemandem ins Gespräch zu kommen. Dort half ihm besonders der regelmäßige Kontakt mit seinen KollegInnen und den BetreuerInnen, um selbstbewusster zu werden.

Seine Highlights waren Erlebnispädagogiktage, Exkursionen und die Arbeitstrainings - aber auch der Mathematik-Kurs. Nach einem Jahr in der Produktionsschule bekam H. eine Lehrstelle als Landschaftsgärtner. Von Schüchternheit ist keine Spur mehr: „Ich kann jetzt einfach so, ohne Telefontraining, sogar bei Firmen anrufen und von mir aus das Gespräch anfangen und halten.“

pro mente jugend

work.box_ARBEITEN LERNEN



1 JAHR KICKSTART – MOTIVATIONSPROJEKT FUSSBALL

Das Motivationsprojekt KickStart der **Sozialen Initiative** blickt auf ein erfolgreiches Jahr zurück und freut sich gleichzeitig auf die Verlängerung bis Ende 2021. In den letzten 15 Monaten konnten über 65 Jugendliche vom KickStart-Team erreicht und die Hälfte von ihnen über mehrere Monate von den engagierten Coaches und Trainer*innen auf ihrem persönlichen und beruflichen Weg begleitet werden. Zurzeit sind wir mit 25 Teilnehmer*innen voll besetzt. Trotzdem können laufend interessierte Mädchen und Burschen im Alter von 14 bis 24 Jahren, die aktuell keine Ausbildung absolvieren beziehungsweise kein Angebot des AMS oder

SMS nutzen, zu einem Probetraining bzw. Schnuppertermin jederzeit vorbeischauen.

Das vom Sozialministeriumservice finanzierte und von der Gemeinde Pasching unterstützte Fußballprojekt verbindet motivierende Sporteinheiten mit Coaching, beruflicher Neuorientierung und Lerntraining. Mit der ersten Fußballadresse in OÖ, dem LASK, haben wir einen Top-Fußballclub als Partner. Mithilfe von Fußballtrainings soll den Jugendlichen ein neuer, motivierender Zugang geboten werden, um sich selbst und ihre individuellen Stärken kennenzulernen, sich weiterzuentwickeln sowie Ausbildungs- und Arbeitsperspektiven zu finden.

TURNIERE UND VORBILDER

Von Beginn an konnten wir laufend neue Jugendliche im Projekt begrüßen. Die Trainingsanwesenheit wurde von Tag zu Tag besser, und es formte sich ein richtiges

Team. Die Kicker*innen konnten auf vielen Turnieren in Oberösterreich, Wien und Graz mit ihren eigenen Original LASK-Dressen die Blicke und Aufmerksamkeit auf sich ziehen. In Wien, Wels und Schärding gingen sie als Sieger*innen vom Platz, um im nächsten Moment ihren Vorbildern und dem großen Bruder im Stadion gegen Salzburg, Sturm, Rosenberg, PSV Eindhoven usw. zuzujubeln.

TRAINING AM UND NEBEN DEM FUSSBALLPLATZ

Unsere Homebase ist das von den Kinderfreunden betriebene Jugendzentrum Chillout beim Stadion und der Freizeitarena in Pasching. Wir haben die Containeranlage aufgestockt und genießen einen exklusiven Ausblick auf das tägliche Trainingsgeschehen der LASK-Profis. Hier finden die Lerntrainings sowie die Coachinggespräche mit den Jugendlichen statt. Einen Stock tiefer, im JUZ-Chillout, können die Jugendlichen vor oder nach diesen Terminen in lockerer Atmosphäre Billard, Tischtennis, Basketball, Playstation etc. spielen oder einfach nur mit Freunden verweilen. Auch bei unseren Partnern, den Pfadfindern Pasching, haben wir die Möglichkeit, Lerntrainingseinheiten in größerer Runde abzuhalten. Wir bedanken uns für die gute Zusammenarbeit mit der Gemeinde Pasching, den Kinderfreunden, den Pfadfindern, den vielen Netzwerkpartnern, die Jugendliche vorbringen, und vor allem dem LASK.

Die zunehmende Teilnehmer*innenzahl in den letzten Monaten zeigt, dass KickStart immer mehr an Bekanntheit gewinnt. Wir durften auch während der doch etwas ungewöhnlichen Ausnahmesituation ab März einige Neuankömmlinge bei uns im Projekt willkommen heißen.

NEU: WOMEN ONLY

Seit Oktober bieten wir ein wöchentliches Ladies-Training. Mit diesem „women only“ Angebot wollen wir uns mit den Damentrainerinnen Eva und Sara sowie unserer Coachin Sandra nun besonders den Bedürfnissen der Mädchen auf dem Fußballplatz widmen. Wir haben zurzeit laufend 2 - 3 Mädchen im Projekt, die sich ebenso engagiert in den gemeinsamen Trainingseinheiten mit den Burschen matchen. Unser Ziel in den nächsten Monaten ist es, ein eigenständiges Ladies-Team mit 6-10 Teilnehmerinnen aufzubauen.

Erste Erfolge des niederschwelligen Ansatzes von Kick-Start sind bereits sichtbar. So konnten bereits 8 Jugendliche und junge Erwachsene in Ausbildungen oder direkt in Arbeitsaufnahmen vermittelt werden.

WEITERE INFOS UND TERMINE

facebook.com/KickStart.Soziale.Initiative/
instagram.com/kickstart.soziale.initiative
Projektleitung Mag. Stipo Luketina

NEUE PRÄSIDENTIN BEI PRO MENTE OÖ

Monika Czamler, die langjährige Geschäftsfeldleiterin der Krisenhilfe OÖ a. D., folgt damit Prof. Hans Krottenthaler nach, der die Funktion des Präsidenten seit 2011 mit viel Engagement ausgeübt hat und nun zum Ehrenmitglied ernannt wurde.

Der neuen Präsidentin, die auf beinahe 40 Jahre bei pro mente OÖ zurückblicken kann, wird die Entstigmatisierung weiterhin ein großes Anliegen sein: „Gerade auch in Zeiten von Corona dürfen wir die Verbesserung der Lebens- und Rahmenbedingungen für psychisch kranke Menschen nicht aus den Augen verlieren. Im Gegenteil, gerade jetzt sind viele psychisch kranke Menschen vermehrt mit Herausforderungen konfrontiert. Durch den Wegfall oder die Einschränkung von psychosozialen Unterstützungsangeboten im Lockdown, die Isolation oder auch Sorgen um den Arbeitsplatz bzw. vermehrte Anforderungen durch Home-Schooling, Home-Office etc. kamen und kommen viele Menschen an ihre Grenzen. Die Auswirkungen auf die Psyche werden uns daher noch länger beschäftigen.“

Auch Krisenintervention und Suizidprävention liegen der langjährigen Leiterin der Krisenhilfe OÖ besonderes am Herzen, hat sie doch die Angebote der Krisenhilfe OÖ, die österreichweit als Vorzeigemodell gilt, federführend mitgestaltet und aufgebaut. „Es ist wichtig, dass die betroffenen Menschen und ihre Angehörigen in schwierigen Zeiten rasch und niederschwellig Unterstützung bekommen. Diese bietet die Krisenhilfe OÖ, die telefonisch rund um die Uhr unter 0732-21 77 zu erreichen ist“, betont die neue Präsidentin Monika Czamler.

MIGRARE ERHIELT ANERKENNUNGSPREIS DER STADT LINZ

In der Kategorie „Interkulturelle Kinder- und Jugendintegrationsarbeit“ wurde migrare für das Frühförderprogramm HIPPY für Kinder im Kindergartenalter ausgezeichnet.

www.migrare.at/hippy/



„KREISLER*IN“ ALS NEUER TREFFPUNKT

Am 9. Oktober 2020 wurde in der Linzer Tabakfabrik mit der „Kreisler*in“ eine Mischung aus Vintage-Shop, Generationenkonditorei und Repair-Café eröffnet. Anregende Gespräche im gemütlichen Ambiente, Wohn-Accessoires aus längst vergangener Zeit und der Duft von Kaffee und Mehlspeisen nach Omas Rezept erwartet die Besucher*innen und Besucher der „Kreisler*in“. **Volkshilfe OÖ**

„Wir möchten, dass ältere Menschen gemeinsam vor Ort Mehlspeisen herstellen und ihre Erfahrung und ihr Wissen an jüngere Generationen weitergeben. Sie bekommen dadurch eine sinnstiftende Beschäftigung und wir als Volkshilfe schaffen in der Kreativschmiede Tabakfabrik einen generationenübergreifenden Treffpunkt“, erklärt Maria Dietrich, Vorsitzende der Volkshilfe Linz und stellvertretende Landesvorsitzende. Auch sie bäckt etwa Vanillekipferl nach dem Rezept ihrer Großmutter und freut sich darauf, dass es in der Tabakfabrik bald statt nach Tabak nach Mürbteig duftet. „Und ich freue mich, dass wir den Leuten, die in der Tabakfabrik arbeiten und kreativ sind, mit der „Kreisler*in“ eine kleine Auszeit, Getränke, Snacks und die Mehlspeisen betreffend ein Geschmackserlebnis wie bei der Oma bieten können“, so

Dietrich.

RARITÄTEN UND „SCHÄTZE“

Die Atmosphäre im Café entsteht vor allem durch die „Schätze“ der Volkshilfe-Sammlung an Einrichtungsgegenständen. „In unseren Volkshilfe Shops gibt es immer wieder Raritäten, die als begehrte Deko-Elemente oder Sammlerstücke gelten: von ausgefallenem Hausrat, über Möbel und Elektro-Kleingeräte bis hin zu Vintage-Bekleidung. Diese kommen in die „Kreisler*in“ in der Tabakfabrik und können dort nicht nur bestaunt, sondern auch erworben werden“, sagt Fred Edlinger, Bereichsleiter der Volkshilfe Shops in Oberösterreich.

REPARIEREN STATT WEGWERFEN

In der „Kreisler*in“ in der Tabakfabrik entstehen bis zu fünf neue Arbeitsplätze, zusätzlich wird die Freiwilligenarbeit ausgebaut und erhält so noch mehr Bedeutung. Neben dem Tagesbetrieb als Generationen-Café (**geöffnet Montag bis Freitag von 7.45 bis 15 Uhr**) mit Mehlspeisen von Senior*innen wird die Lokalität der Volkshilfe auch einmal monatlich als Reparatur-Café genutzt werden.

SCHNÄPPCHENJAGD IM INTERNET

Die Volkshilfe hat in Summe 20 Shops in Oberösterreich, nun gibt es auch einen Onlineshop. <http://volkshilfe-shops.at>

:: VEREIN SAUM

Claudia Böberl neue Geschäftsführerin

Der Verein SAUM hat mit Claudia Böberl eine sehr erfahrene Sozialarbeiterin bestellt. Die 51-jährige Ennserin war über 20 Jahre bei pro mente in Führungspositionen und hat zahlreiche Projekte initiiert und auf den Weg gebracht. „Ich arbeite hier mit einem jahrelang zusammengewachsenen, erfahrenen und engagierten Team zusammen und freue mich, mit diesem gemeinsam in die Zukunft gehen zu dürfen. Vor allem freuen wir uns natürlich schon auf den neuen Standort“, so Böberl.

Quelle: tips.at

:: 2 NEUE MITGLIEDER

Bei der Generalversammlung am 23. September wurden die Soziale Initiative sowie die Querdenker Agora einstimmig als neue Mitglieder der Sozialplattform OÖ aufgenommen.

Die Soziale Initiative leistet sozialpädagogische Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien in unterschiedlichsten schwierigen Situationen und bezieht dabei die Familie, das soziale Umfeld und die Schule bzw. Arbeit mit ein. Im Geschäftsfeld Ausbildung / Berufliche Integration finden sich Projekte für Jugendcoaching, AusbildungsFit (vormals Produktionsschule), IWA – individuelle Wege zur Ausbildung und Arbeit sowie KickStart – ein Fußballprojekt mit dem LASK, über das die Soziale Initiative in dieser Ausgabe auf Seite 16 berichtet.

Querdenker Agora ist ein soziales Unternehmen mit dem Schwerpunkt Entwicklungarbeit im Bereich der Sozialpsychiatrie und der forensischen Unterbringung. Querdenker Agora ist eine gemeinnützige Genossenschaft, wurde am 1. April 2020 gegründet und umfasst 6 Wohnhäuser im Mühlviertel.

:: PRO MENTE GET.UP

Das Angebot richtet sich an Menschen ab 15 Jahren mit Migrations- oder Fluchterfahrung, die Belastungen im psychosozialen Bereich haben.

Die Tagesstruktur am Standort Linz ist in erster Linie als „Überbrückung“ bzw. „Re-Integrationshilfe“ in ein selbstbestimmteres Leben zu sehen.

Wir setzen an der Schnittstelle Psychische Gesundheit und Inklusion an. Oberstes Ziel ist die nachhaltige Stabilisierung unserer Teilnehmer*innen.

Das Projekt umfasst:

- Wissensvermittlung und Reflexion zu diversen Themen (Psychoedukation, Gesundheit, Suchtprävention, gesellschaftliches Zusammenleben)

- Offene Lernwerkstatt (Lerncafé, „Lernen lernen“)
- Psychosoziale Gruppenarbeit (Resilienz fördern, Persönlichkeitsbildung)
- Aktivitäten (Bewegung, Ausflüge, Kreatives Arbeiten)
- Die Projektdauer beträgt 4 Wochen, Montag bis Donnerstag, 14.15 – 18.15 Uhr.

Am Ende des Projektes gibt es eine Teilnahmebestätigung. Eine Mehrfachteilnahme ist nach Absprache möglich. Personen mit Asylwerberstatus werden die Fahrtkosten nach Linz (+ Kernzone Linz) gezahlt.

Die nächsten Projekt-Durchgänge:

02.11.2020 bis 26.11.2020

30.11.2020 bis 23.12.2020

11.01.2020 bis 04.02.2021

Anmeldung und Information:

getup@promenteooe.at oder 0664 888 91 82 8

Wir sprechen Deutsch, Englisch und Dari.

:: REFERENZBUDGETS UND KINDERKOSTEN 2020

Die ASB Schuldnerberatungen GmbH (asb) hat die für 2020 aktualisierten Referenzbudgets veröffentlicht. Erstmals wurde dabei auch eine Kinderkostenanalyse gemacht.

Referenzbudgets sind Ausgabenraster für verschiedene Haushaltstypen. Sie zeigen auf, was an Einkommen zur Verfügung stehen muss, um einen angemessenen, wenn auch bescheidenen Lebensstil zu ermöglichen. Sie dienen als Orientierungshilfen bei der Beratung, bei der Beobachtung der eigenen Haushaltfinanzen wie auch bei der Bemessung von sozialen Standards und Transferleistungen. Referenzbudgets für Österreich wurden von der asb – im Austausch mit anderen Ländern in Europa – entwickelt und werden seither jährlich aktualisiert.

Erstmals wurde 2020 erhoben, welche Kosten für ein Kind von 7 Jahren bzw. einen Teenager von 14 Jahren monatlich entstehen. Im Schnitt sind es mehr als 800 Euro. Drei Viertel der Ausgaben entfallen dabei auf Essen, Wohnen und Schule.

Referenzbudgets 2020:

https://www.schuldenberatung.at/downloads/infodatenbank/referenzbudgets/Referenzbudgets_2020_Aktualisierung_EndV.pdf

Kinderkostenanalyse 2020:

https://www.schuldenberatung.at/downloads/infodatenbank/referenzbudgets/Referenzbudgets__Kinderkosten_2020_Aktualisierung_EndV.pdf

Budgetbeispiele:

<https://www.budgetberatung.at/budgetberatung/beispiele/>

DEMOKRATIE

41 %

DES ÄRMSTEN DRITTELS IN
ÖSTERREICH GEHT NICHT
WÄHLEN.

SORA-DEMOKRATIE MONITOR, 2019

TIEFE SOZIALE KLUFT IN DER DEMOKRATIE

Seit 2018 erhebt der **Österreichische Demokratie Monitor (ÖDM)** die Einstellungen der Menschen in Österreich zur Demokratie sowie ihre politische und zivilgesellschaftliche Partizipation. Ziel des ÖDM ist, den aktuellen Zustand der Demokratie aus Sicht der Bevölkerung aufzuzeigen und Entwicklungen zu beobachten. Grundlage des ÖDM ist eine jährliche Bevölkerungsumfrage.

In Österreich ist die Demokratie grundsätzlich und nach wie vor breit verankert: Wie im Jahr 2018 sind auch 2019 nahezu 9 von 10 Menschen davon überzeugt, dass die Demokratie die beste Staatsform ist. Ebenfalls weit verbreitet sind Forderungen nach einem Ausbau demokratischer Rechte – 60% sprechen sich für mehr Beteiligungsmöglichkeiten, rund die Hälfte für eine stärkere Unabhängigkeit der Medien und rund ein Drittel für mehr Rechte für die Opposition aus.

STARKE FÜHRER

Das ökonomisch stärkste Drittel schließt jedoch hinsichtlich seiner autoritären Einstellungen zum Rest der Bevölkerung auf: Waren 2018 bevölkerungsweit 18% der Ansicht, dass es einen starken Führer geben sollte, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss, sind es 2019 mit 22% etwas mehr. Interessant ist, dass dieser Anstieg nahezu ausschließlich im ökonomisch stärksten Drittel der Bevölkerung stattgefunden hat – das sind jene Menschen, deren Einkommen im obersten Einkommensdrittel liegen, die von ihrem Einkommen (sehr) gut leben können und deren finanzielle Absicherung für die Zukunft (sehr) gut ist. 2018 haben sich 15% für einen „starken Führer“ ausgesprochen, 2019 waren es 23% – und damit gleich viel wie im mittleren und im ökonomisch schwächsten Drittel der Bevölkerung (21% bzw. 23%).

Bevölkerungsweit sinkt der Anteil überzeugter Demokrat*innen (von 62% auf 57%), während der Anteil an Menschen mit autoritären Demokratieverstellungen etwas zugenommen hat (von 34% auf 38%).

ZUFRIEDENHEIT MIT POLITISCHEM SYSTEM GESUNKEN

Zwei gegenläufige Entwicklungen in der Bewertung der Demokratie in Österreich spiegeln die innenpoli-

tischen Ereignisse des Jahres 2019: Zum einen funktioniert das politische System aktuell für deutlich weniger Menschen: Waren 2018 noch beinahe zwei Drittel (64%) der Ansicht, dass das politische System in Österreich gut funktioniert, gilt dies aktuell für nur mehr rund die Hälfte (51%). Zum anderen ist das Vertrauen in den Bundespräsidenten gestiegen: 2018 vertrauten ihm 58% der Menschen, 2019 waren es 67%. Diese Entwicklung fällt unter den ÖVP-Wähler*innen und im ökonomisch stärksten Drittel der Bevölkerung – also jenem, in dem autoritäre Einstellungen zugenommen haben – besonders stark aus.

Ökonomische Unsicherheit drückt – weiterhin – auf die Zufriedenheit mit der Demokratie und behindert politische Partizipation: Wie bereits 2018 unterscheidet sich auch 2019 die Zufriedenheit mit der Demokratie allen voran entlang der Verfügbarkeit von ökonomischen Ressourcen: So denken zwei Drittel (67%) der Menschen im ökonomisch stärksten Drittel der Bevölkerung, dass das politische System in Österreich gut funktioniert, jedoch nur 36% des ökonomisch schwächsten Drittels. Politische Partizipation ist ähnlich ungleich verteilt: 17% des ökonomisch stärksten Drittels und 22% des mittleren Drittels haben nicht an der vergangenen Nationalratswahl teilgenommen, selbiges gilt für 41% des ökonomisch schwächsten Drittels.

ZWEI-DRITTEL-DEMOKRATIE

Damit verschärfen sich die beiden 2018 identifizierten Warnsignale: Erstens ist der Anteil an Menschen mit autoritären / illiberalen Demokratieverstellungen in den vergangenen 12 Monaten etwas angestiegen und liegt nun bei 38%.

Zweitens stellt sich die Frage, ob Österreich auf dem Weg in eine Zwei-Drittel-Demokratie ist – in eine Demokratie, in der sich das ökonomisch schwächste Drittel kaum mehr an politischen Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse beteiligt. Dazu **Studienautorin Martina Zandonella**: „Ökonomische Sicherheit hat einen derart starken Einfluss auf das Vertrauen in die Demokratie,

weil soziale Rechte und ein gewisses Ausmaß an Gleichheit zentraler Teil des Demokratieverständnisses der Menschen in Österreich sind. Dass die Mehrzahl der Menschen im ökonomisch schwächsten Drittel den Eindruck hat, ihre Stimme zähle nicht und sich viele von ihnen deshalb auch nicht mehr politisch beteiligen, muss alle Menschen, denen unsere Demokratie am Herzen liegt, wachrütteln.“

„

Dass die Mehrzahl der Menschen im ökonomisch schwächsten Drittel den Eindruck hat, ihre Stimme zähle nicht und sich viele von ihnen deshalb auch nicht mehr politisch beteiligen, muss alle Menschen, denen unsere Demokratie am Herzen liegt, wachrütteln

VOM ENDE DES GEMEINWOHLS

Wie die Leistungsgesellschaft unsere Demokratien zerreißt, Michael J. Sandel

Gerade in Zeiten des Corona-Virus wird erschreckend deutlich, dass das Gemeinwohl in unseren Gesellschaften in den letzten Jahren an Bedeutsamkeit verloren hat. Die Demokratien stehen auf dem Prüfstand, wir sind Zeugen einer populistischen Revolte. Die Wahl Trumps, der Brexit, der Erfolg der AfD – das sind die wütenden Antworten auf die wachsende Ungleichheit in der Gesellschaft. Der Moralphilosoph Michael J. Sandel sieht die Ursache dafür in der Tyrannie der Leistungsgesellschaft.

Wer hat in unserer Gesellschaft Erfolg – und warum? Unter dem gesellschaftlich umstrittenen Mantra „Wer hart arbeitet, kann alles erreichen“ haben wir gelernt zu glauben, dass jeder genau das hat, was er verdient. Die Profiteure und Nutznießer dieses Systems, das Erfolg

auf Leistung und Talent zurückführt, gehen darum davon aus, dass sie ihren Erfolg verdienst, dass er ihnen zusteht, eben weil sie sich angestrengt haben. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass diejenigen, die am System scheitern, selbst Schuld sind.

Die Hybris der Gewinner ebenso wie die Demütigung der Verlierer befeuern den populistischen Protest, dessen Zeugen wir aktuell weltweit sind.



Fischer Verlag, September 2020, 448 Seiten
ISBN: 978-3-10-390000-2

IM GRUNDE GUT

eine neue Geschichte der Menschheit, Rutger Bregman

«Dies ist ein Buch über eine radikale Idee. Eine Idee, die Machthaber seit Jahrhunderten beängstigt. Gegen die sich Religionen und Ideologien gewandt haben und über die Medien eher selten berichten. Gleichzeitig wird diese Idee von nahezu allen Wissenschaftsbereichen untermauert, von der Evolution erhärtet und durch das Alltagsleben bestätigt. Die Idee gehört so sehr zur menschlichen Natur, dass sie kaum auffällt. Wenn wir den Mut hätten, sie ernst zu nehmen, würde sich herausstellen: Diese Idee könnte eine Revolution entfesseln. Was ist die Idee? Die meisten Menschen sind gut.»

Der Historiker und Journalist Rutger Bregman setzt sich in seinem neuen Buch mit dem Wesen des Menschen auseinander. Anders als in der westlichen Denktradition angenommen ist der Mensch seinen Thesen nach nicht böse, sondern im Gegenteil: von Grund auf gut. Und geht man von dieser Prämisse aus, ist es möglich, die Welt und den Menschen in ihr komplett neu und grundoptimistisch zu denken. In seinem mitreißend geschriebenen, überzeugenden Buch präsentiert Bregman Ideen

für die Verbesserung der Welt. Sie sind innovativ und mutig und stimmen vor allem hoffnungslos.

Rutger Bregman, geboren 1988 in den Niederlanden, ist Historiker und Journalist und einer der prominentesten jungen Denker Europas. Bregman wurde bereits zweimal für den renommierten European Press Prize nominiert. Er schreibt für die «Washington Post» und die «BBC» sowie für niederländische Medien. 2017 erschien sein Bestseller «Utopien für Realisten».

Rowohlt Verlag, März 2020, 480 Seiten
ISBN: 978-3-498-00200-8



WELCHE GRENZEN BRAUCHEN WIR?

Zwischen Empathie und Angst - Flucht, Migration und die Zukunft von Asyl, Gerald Knaus

Kein anderes Thema hat die europäische Politik in den letzten Jahren so beeinflusst wie die Debatte um Geflüchtete, Asyl und Migration. Dabei wird die Diskussion dominiert von Schlagworten, falschen Tatsachenbehauptungen und Scheinlösungen.

Gerald Knaus erklärt in seinem Buch, worum es tatsächlich geht, und zeigt, dass humane Grenzen möglich sind. Der Migrationsexperte, dessen Analysen Regierungen in ganz Europa beeinflusst haben, erläutert, welche Grundsatzprobleme wir dafür lösen müssten und wie aus abstrakten Prinzipien mehrheitsfähige umsetzbare Politik werden kann. Er erklärt außerdem, warum das vielen Gesellschaften schwer fällt und selbst viele Bürger mit widersprüchlichen Emotionen ringen - hier Empathie, da Angst vor Kontrollverlust - und wie eine Politik, die

Fakten und Emotionen ernst nimmt, möglich wird.

Gerald Knaus ist Gründungsdirektor der Denkfabrik European Stability Initiative (ESI). Er ist ein international bekannter Experte und berät Regierungen und Institutionen in Europa bei den Themen Flucht, Migration und Menschenrechte. Er studierte Philosophie, Politik und Internationale Beziehungen.



Gerald Knaus
**Welche Grenzen
brauchen wir?**



Zwischen Empathie und
Angst - Flucht, Migration
und die Zukunft von Asyl

piper, Oktober 2020, 336 Seiten
EAN 978-3-492-05988-6

WIE DEMOKRATIEN STERBEN

Und was wir dagegen tun können, Steven Levitsky, Daniel Ziblatt

Ausgezeichnet mit dem NDR Kultur Sachbuchpreis

Demokratien sterben mit einem Knall oder mit einem Wimmern. Der Knall, also das oft gewaltsame Ende einer Demokratie durch einen Putsch, einen Krieg oder eine Revolution, ist spektakulärer. Doch das Dahinsiechen einer Demokratie, das Sterben mit einem Wimmern, ist alltäglicher - und gefährlicher, weil die Bürger meist erst aufwachen, wenn es zu spät ist. Mit Blick auf die USA, Lateinamerika und Europa zeigen die beiden Politologen Steven Levitsky und Daniel Ziblatt, woran wir erkennen, dass demokratische Institutionen und Prozesse ausgehöhlt werden. Und sie sagen, an welchen Punkten wir eingreifen können, um diese Entwicklung zu stoppen. Denn mit gezielter Gegenwehr lässt sich die Demokratie retten - auch vom Sterbebett.

Steven Levitsky und Daniel Ziblatt sind Professoren für Regierungslehre an der Universität Harvard. Steven Levitskys Forschungsschwerpunkte sind politische

Parteien, Demokratien und Autokratien sowie die Rolle von informellen Institutionen vor allem in Südamerika. Daniel Ziblatt forscht hauptsächlich zu Demokratie und Autoritarismus in Europa, Gastprofessuren und Forschungsaufenthalte führten ihn u. a. nach Berlin, Köln, Konstanz, München, Paris und Florenz. Forschung und Lehre beider Autoren sind preisgekrönt, als Experten auf ihren Forschungsgebieten haben sie mehrere Bücher und zahlreiche Fachartikel verfasst.



DVA, Mai 2018, 320 Seiten
ISBN: 978-3-421-04810-3



16 TAGE GEGEN GEWALT AN FRAUEN

25. November (Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen) und 10. Dezember (Internationaler Tag der Menschenrechte)



JOB BÖRSE

für soziale, pädagogische und
Gesundheitsberufe in OÖ



sozialplattform.at



Gratis ins Museum?

Der **Kulturpass** ermöglicht
Menschen mit wenig Einkommen
freien Eintritt bei Veranstaltungen und
Teilhabe am gesellschaftlichen Leben!



Hunger
auf
Kunst
&
Kultur

www.kunsthunger-ooe.at



UNIVERSITY
OF APPLIED SCIENCES
UPPER AUSTRIA

INFOTAG: FACHHOCHSCHULE OÖ

20. November 2020, 9-17 Uhr - virtuell

SOZIALMANAGEMENT

Bachelor-Studium, berufsbegleitend

AUFGNAHMETERMINE

8. Februar 2021
13. April 2021
31. Mai 2021
09. Juli 2021

Sozialmanager*innen sind Spezialist*innen für Managementaufgaben im Bereich von Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen. Herzstück des Bachelorstudiums sind fundierte betriebswirtschaftliche Kompetenzen mit Bezug auf die Erfordernisse der Sozialwirtschaft.

SOZIALE ARBEIT

Bachelor-Studium, berufsbegleitend oder Vollzeit

Anmeldung bis 15.4.2021

Die Aufnahme-Termine für 2021 standen zur Redaktionsschluss noch nicht fest

Sozialarbeiter*innen bieten bei individuellen, familiären, ökonomischen oder kommunalen Problemen Hilfe und Unterstützung. Sie arbeiten mit Familien und Jugendlichen, im Justizbereich, der Klinischen Sozialarbeit, mit alten oder beeinträchtigten Menschen, in der Bildung oder mit interkulturellen Fragestellungen.

Anmeldung und Bewerbung

<https://bewerbung.fh-ooe.at/>

FH Oberösterreich Fakultät für Medizintechnik und An-gewandte Sozialwissenschaften
Garnisonstraße 21 4020 Linz Austria
05-0804 50, info@fh-linz.at
<https://www.fh-ooe.at/campus-linz/>





© Diakoniewerk

LEHRGANG FACHSOZIALBETREUER*IN ALtenarbeit/BEHINDERTENARBEIT (INKL. PFLEGEASSISTENZ)

Start: 24. Februar 2021

Infoabend

17. November 2020, 18.00 Uhr

Teilzeitausbildung. Zu Beginn sind 6 Wochen Blockunterricht von 08:00 bis 13:10 Uhr, danach findet der Unterricht immer montags von 08:00 bis 16:35 Uhr statt. Die Ausbildung endet am 07.07.2023.

Wir freuen uns über Ihre Anmeldung. Nach Einlangen Ihrer Bewerbung erhalten Sie eine Einladung zum Aufnahmeverfahren am 16. Dezember 2020 ab 9 Uhr (Eignungstest und persönliches Gespräch).

Die Ausbildung an der SOB ist im Rahmen einer Stiftung oder eines Fachkräftestipendiums möglich, Antragstellung über das Arbeitsmarktservice.

Schule für Sozialbetreuungsberufe Mauerkirchen
Bahnhofstraße 49, 5270 Mauerkirchen
Telefon: +43 7724 50 48 410
sob.mauerkirchen@diakoniewerk.at

LEHRGANG FACHSOZIALBETREUUNG ALtenarbeit/ BEHINDERTENARBEIT UND BEHINDERTENBEGLEITUNG

Start: Februar 2021

Anmeldungen sind JEDERZEIT möglich!

Die Ausbildung Fachsozialbetreuung Altenarbeit mit Ausbildungsstart Februar 2021 wird wieder als fünfsemestrige Ausbildung in Teilzeit angeboten.

Die Ausbildungen Fachsozialbetreuung Behindertenarbeit und Behindertenbegleitung starten ebenfalls im Februar 2021.

Die Fach- und Diplom-Ausbildungen an den SOB's sind im Rahmen des Fachkräftestipendiums möglich, Antragstellung über das Arbeitsmarktservice.

Die beiden Schulen in Gallneukirchen bieten Ausbildungen in den Bereichen Altenarbeit, Behindertenarbeit und Behindertenbegleitung und einen Vorbereitungslehrung an. Ganz neu seit Herbst 2020 ist die Ergänzungsausbildung Sozialpsychiatrie im Fachbereich Behindertenarbeit/Behindertenbegleitung.

Schulen für Sozialbetreuungsberufe Gallneukirchen
Hauptstraße 7, 4210 Gallneukirchen
Telefon: +43 7235 63251 265
sob.office.diakoniewerk@eduhi.at

INFOABENDE IM SCHULZENTRUM JOSEE

4802 Ebensee am Traunsee, Langbathstraße 44

26. November 2020, 18:00 Uhr

28. Jänner 2021, 18.00 Uhr

25. März 2021, 18.00 Uhr

29. April 2021, 18.00 Uhr

17. Juni 2021, 18.00 Uhr

Sie erhalten Informationen zu folgenden Ausbildungen

• Vorbereitungslehrgang (ab 16 Jahren)

• Altenarbeit

• Familienarbeit

• Behindertenarbeit

• Behindertenbegleitung

SCHULE FÜR SOZIALBETREUUNGSBERUFE

der Caritas für Betreuung und Pflege

Langbathstraße 44, 4802 Ebensee am Traunsee

06133-5204, office@josee.at

www.josee.at

Caritas &Du

INFOABENDE SCHULE FÜR SOZIALBETREUUNGSBERUFE LINZ SCHIEFES DERWEG

4. November 2020, 17.00 Uhr

1. Dezember 2020, 17.00 Uhr

12. Jänner 2021, 17.00 Uhr

9. März 2021, 17.00 Uhr

13. April 2021, 17.00 Uhr

11. Mai 2021, 17.00 Uhr

8. Juni 2021, 17.00 Uhr

Sie erhalten Informationen zu folgenden Ausbildungen

• Fach-Sozialbetreuung Altenarbeit (Ausbildungsstart Feb. 2021)

• Neu: Diplom-Sozialbetreuung Altenarbeit (Ausbildungsstart Feb. 2021)

• Diplom-Sozialbetreuung Familienarbeit in Kombination mit Fach-Sozialbetreuung Behindertenarbeit (Ausbildungsstart Sept. 2021)

• Vorbereitungslehrgang ab 16 Jahren (Start Sept. 2021)

Anmeldung zu den Infoabenden erforderlich!

per Telefon: 0732-73 24 66) oder

per Mail: ausbildungszentrum.linz@caritas-linz.at

Eine Teilnahme am Infoabend ist ohne Anmeldung leider nicht möglich.



EINLADUNG ZUR RINGVORLESUNG

EIN TAUSENDER MEHR?

Das Bedingungslose Grundeinkommen



WWW.RINGVORLESUNG.AT

AN 6 ABENDEN...

Eintritt frei, Voranmeldung erwünscht an info@ringvorlesung.at

7. Oktober 2020, 19 Uhr, Wissensturm Linz

Michael Opelka, Prof. für Sozialpolitik an der Ernst-Abbe-Hochschule Jena und Wissenschaftlicher Leiter des ISÖ - Institut für Sozialökologie in Siegburg: „Die Zukunft des Grundeinkommens. Was es kostet, was es nützt“

21. Oktober 2020, 19 Uhr, Wissensturm Linz

Matthias Möhring-Hesse, Prof. für Theologische Ethik/Sozialethik an der Katholisch-Theologischen Fakultät Tübingen der Eberhard Karls Universität Tübingen. Mitglied der Grundwertekommission der SPD
„Erwerbsarbeit überbewertet - Grundeinkommen überschätzt. Skeptische Überlegungen zum Bedingungslosen Grundeinkommen“

4. November 2020, 19 Uhr, Kathol. Privat-Universität

Beatrice Werner, Stuttgart: „Die Rolle der Frauen im BGE“
Margit Appel, Politikwissenschaftlerin, Referentin und Autorin. Aktiv im Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt - BIEN Austria: „Grundeinkommen aus feministischer Perspektive. Eine sympathisierend-kritische Betrachtung.“

18. November 2020, 19 Uhr, Kathol. Privat-Universität

Bernhard Neumärker, Universität Freiburg:
„Bedingungsloses Grundeinkommen aus ordnungspolitischer Sicht: ein zukunftsfähiges Konzept sozialer Marktwirtschaft“

2. Dezember 2020, 19 Uhr, Kathol. Privat-Universität

Friedrich Schneider, Elisabeth Dreer, Florian Wakolbinger (JKU bzw. GAW)
„BGE in Österreich: Utopie oder realistische Alternative?“

16. Dezember 2020, 19 Uhr, Wissensturm Linz

Podiumsdiskussion „Grundeinkommen? Wer will das?“ Markus Schlagnitweit (Kathol. Sozialakademie), Sepp Wall-Strasser (Gewerkschaftsschule), Bernhard Seeber (Grüne Wirtschaft), Erhard Prugger (WKO), Gertrude Schatzdorfer-Wölfl (Unternehmerin), Ingrid Farag (Psychotherapeutin), Moderation: Sigrid Ecker (Radio FRO)

Folgen Sie uns auf Facebook, um auf dem Laufenden zu bleiben:
@ringvorlesung2020



WWW.RINGVORLESUNG.AT

WARUM SIRI MEINE OMA NICHT VERSTEHT UND ANDERE FRECHHEITEN KÜNSTLICHER INTELLIGENZ

18.11.2020 - 10.00
Ried, Raiffeisensaal, Friedrich-Thurner-Straße 14

Eintritt frei
Anmeldung erforderlich: hallo@frauennetzwerk3.at

Prof.in Dr.in Martina Mara

Geboren 1981, Technikpsychologin und seit April 2018 Professorin für Roboterpsychologie an der JohannesKepler-Universität Linz. Sie promovierte an der Universität Koblenz-Landau zu menschenähnlichen Robotern und war viele Jahre am Ars Electronica Futurelab tätig, wo ihr Schwerpunkt auf industriellen und interdisziplinären Forschungskooperationen lag. Martina Mara ist Mitglied des Österreichischen Rats für Robotik und Künstliche Intelligenz und Vorstandsmitglied der Ludwig Boltzmann Gesellschaft. Als Zeitungskolumnistin kommentiert sie das technologische Zeitgeschehen regelmäßig für einbreites Publikum.

Im Jahr 2018 wurde sie mit dem BAWAG Frauenpreis sowie den Futurezone Award in der Kategorie „Woman in Tech“ ausgezeichnet.



Rat und Tat
für Arbeit und Leben

SMARTPHONES IN DER BERATUNG

1. Dezember 2020, 9.00 - 17.00 Uhr
198 € inkl. 10% Ust. und Verpflegung
ANMELDESCHLUSS: 1. November 2020
Anmeldungen unter www.arbeit-b7.at/anmeldung

ORIENTIERUNGS-WEBINAR: VERANSTALTEN IN ZEITEN DER PANDEMIE

11. November 2020, 16.00 - 18.00 Uhr

Teilnahme kostenlos

Referent: Richard Schachinger

Eine gelungene Veranstaltung zu planen und durchzuführen, ist aktuell eine besonders große Herausforderung. Zweifelsohne bedeuten die Corona-Maßnahmen einen Mehraufwand und ihre Umsetzung erfordert entsprechend Aufmerksamkeit. Doch immerhin: Die Maßnahmen erlauben es uns, auch während einer Pandemie zu veranstalten. Unser Webinar möchte Orientierung geben und einen praktikablen Mittelweg für's (ehrenamtliche) Veranstalten zwischen den Extremen anbieten – nämlich weder Veranstaltungen vorschnell abzusagen, noch Covid-19 auf die leichte Schulter zu nehmen. Dafür werden die wichtigsten Maßnahmen anhand eines konkreten Beispiels für ein Corona-Präventionskonzept Schritt für Schritt vorgestellt – von der Steuerung von Besuchströmen bis zum Vorgehen bei einem Verdachtsfall. Insgesamt soll das Infektionsrisiko bei der eigenen Veranstaltung nicht größer sein, als im öffentlichen Raum.

Anmeldung:

<https://www.ulf-ooe.at/va/orientierungs-webinar-veranstalten-in-zeiten-der-pandemie/>

V F Q GESELLSCHAFT FÜR FRAUEN
UND QUALIFIKATION MBH

FRAUEN PROGRAMMIERTREFF

15. Dezember 2020, 13.30 - 16.30 Uhr
Linz, Industriezeile 56b

Trainerin: Magdalena Hutter
Kosten: € kostenfrei, Anmeldung erbeten

Spielerisch können Sie ohne Vorkenntnisse in die Welt des Codings eintauchen. Wir spielen mit Robotern und tasten uns dadurch an das Thema heran. Weiters erhalten Sie Tipps, wie Sie sich mittels Apps auch weiterhin zu Hause mit dem Thema beschäftigen können.

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um Ihre Anmeldung:
helga.brunauer@Vfq.at oder karin.lipp@Vfq.at
0732-781 775

Jetzt Wunschausbildung starten!

Diplom Sozialpädagogik
Start: 06.11.2020

Motivierende Gesprächsführung
Start: 14.12.2020

Diplom Resilienztrainer/in
Start: 15.01.2021

Hilfreiche Nähe & Professionelle Distanz
Start: 27.04.2021

Gleich informieren unter:
www.proges.at/akademie

PRÖGES
Wir schaffen Gesundheit
Akademie



RECHTLICHE GRUNDLAGEN DES KINDSCHAFTSRECHTS MIT SCHWERPUNKT „DOMIZILELTERNTEIL UND DOPPELRESIDENZ“

10. November 2020, 9.00 - 13.00 Uhr

Linz, autonomes Frauenzentrum

€ 133,- (Selbstbehalt für geförderte Familienberater*innen € 26,60)

Die wichtigsten rechtlichen Grundlagen zu den Themen Obsorge, Kontaktrecht und Kindesunterhalt für die Beratungspraxis. Schwerpunkt: Domizilelternteil und Doppelresidenz

Weitere Infos

[https://www.frauenzentrum.at/afz-akademie/fortbildungsprogramm-2019/](http://www.frauenzentrum.at/afz-akademie/fortbildungsprogramm-2019/)

EU-Programme ERASMUS+: Jugend in Aktion & Europäisches Solidaritätskorps

INNOCAMP - DEVELOP YOUR DIGITAL YOUTH WORK SERVICES

18.- 22. Jänner 2021

Ljubljana / Slowenien

Sprache: English

Deadline: 30.11.2020

Dieses Seminar soll zur Entwicklung der digitalen Jugendarbeit in Europa beitragen, indem Jugendorganisationen dazu ermutigt und unterstützt werden, ihre Arbeit zu innovieren und ihnen eine digitale Dimension hinzuzufügen. InnoCamp basiert auf einem Inno-box-Toolkit und bietet einen strukturierten Ansatz und Unterstützung für die (Neu-) Entwicklung von Organisationen und die Erstellung neuer Funktionen.

Preis: Teilnahmegebühr 50 EURO, alle anderen Kosten für Reise, Unterkunft und Verpflegung werden vom Programm „Erasmus+: Jugend in Aktion“ übernommen!

Nähere Infos:

<https://www.jugendinaktion.at/trainingskalender-detail?eventid=1052>

Regionalstelle EU-Programm ERASMUS+: Jugend in Aktion & Europäisches Solidaritätskorps

Verein 4YOUgend

Hauptstrasse 51-53, 4040 Linz

Tel: 0732-771030-12

Email:susanne.rosmann@4yousgend.at

www.4yousgend.at

Kontakt: Susanne Rosmann

Wöchentlich erscheinender e-newsletter über alle Angebote auf Anfrage erhältlich!

<http://www.junginooe.at/jugendarbeit/internationale-jugendarbeit/euweite-angebote/>

www.jugendinaktion.at

www.solidaritaetskorps.at





Sie arbeiten mit Menschen. Wir bilden Sie weiter.

Diplomlehrgang Systemisches Coaching intensiv, 18.03.2021 - 20.11.2021

Was lernen Sie in diesem Lehrgang?

- Ihre Wirksamkeit in jedem Gespräch wahrzunehmen und nützen.
- Ganzheitlich und in Lösungen denken.
- Die Kraft nützlicher Fragen kennen und in den verschiedensten Kontexten zielführend anwenden.
- Die Kraft und den Wert von Konflikten als einen wesentlichen Bestandteil von Kommunikation kennen lernen.
- Mit Geduld, Ausdauer und Sorgfalt auf Lösungen und Lösungswelten schauen, und den Problemwelten die Energie zu entziehen.
- Wünsche und Bedürfnisse anderer aktiv zu hören, die eigenen gut wahrnehmen und auszudrücken.
- Sie lernen Lösungen zu kreieren, die allen Beteiligten gerecht werden und diese so zu verhandeln, das sie nicht auf nachgeben oder dominieren basieren.
- Handlungen von Bedürfnissen und Absichten zu unterscheiden, damit Vereinbarungen möglich werden. und vieles mehr ...

Jetzt Ihren Platz sichern



QR-Code führt zum
Lehrgang auf
unserer Website

www.organos.at
www.facebook.com/faborganos

Erfolgsfaktor Gelassenheit, 16.11.2020

Rückenfit im Büro, 19.11.2020

Was heißt hier arm? Basics zu Armut, Not und Obdachlosigkeit, 24.11.2020

Psychische Erkrankungen bei Jugendlichen - Störungsbilder erkennen, 23. - 24.11.2020

Systemisch-Dialogische Coaching-Gruppe für Führungskräfte_Online 24.11.2020 - 13.04.2021

Internet- und Medienkompetenz als Herausforderung für soziale Berufe, 26.11.2020

Wie aus Gruppen erfolgreiche Teams werden, 02. - 03.12.2020

Kommunikation mit psychisch belasteten Jugendlichen, 19. - 20.01.2021

Info-Veranstaltung Diplomlehrgang Systemisches Coaching intensiv, 27.01.2021

Krisenkompetenz in der Jugendarbeit, 24. - 25.02.2021

Filmen mit dem Smartphone, 11.02.2021

connect

Karrieremesse
Sozialwirtschaft

Hol Dir
Informationen zu

JOBS
AUSBILDUNG
PRAKTIKUM
ZIVILDIENST
im Sozialbereich
in OÖ

**Eintritt
frei!**

16.3.21

11 - 17 Uhr
FH OÖ - Campus Linz
Garnisonstraße 21

über 50
Informationsstellen

Beratung & Service

Vorträge & Workshops

www.connect-sozialwirtschaft.at

 Connectsozialwirtschaft

Impressum: Sozialplattform OÖ, Schillerstraße 9, 4020 Linz, connect@sozialplattform.at, 0732-667594

**SOZIALPLATTFORM
OBERÖSTERREICH**

 **FH
OBERÖSTERREICH**  **UNIVERSITY
OF APPLIED SCIENCES
UPPER AUSTRIA**

 **ivs** sozialunternehmen

 **BIRGIT
GERSTORFER**
SOZIAL-LANDESRÄTIN